

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 7. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgealtene Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Verträge
und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Neuer Kohlenwucher.

Die mitteleuropäischen, vor allem die deutschen Kohlenzechen
bereiten sich auf einen neuen Raubzug zum nächsten Winter vor.
Die böhmischen und mitteldeutschen Werke sind im Begriff eine Preis-
konvention zu schließen; zum 1. Oktober sollen die Preise auf den
vorjährigen Winterpreis erhöht werden. Am Sonnabend tagt das
rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat, am Montag das rheinisch-westfälische
Kohlen Syndikat. Beide Syndikate wollen über Produktions-
einschränkungen beraten. Die Eisenbahnverwaltung fordert
schon jetzt zur Bestellung von Hausbrandkohle auf, da-
mit im Herbst nicht zu große Anforderungen an den Verkehr ge-
stellt werden.

Diese Zusammenstellung von Nachrichten aus den letzten Tagen
zeigt, wie die Kohlenzechen sich anziehen, ohne die mindeste Rücksicht
auf den Stand der andren Erwerbszweige ihren Dächer fortzusetzen.
Alle Abrechnungen von Industrie-Unternehmungen zeigen das Bild
des Niedergangs der volkswirtschaftlichen Konjunktur; nur eine
parasitäre Organisation erhält auf diesem Boden ihren Profit und
will ihn weiter in die Höhe treiben. Nichts nützt es, daß die Eisen-
hütten und zahlreichere andre Zweige der Industrie mit jedem
Monat tiefer in den Abgang hineingeraten, daß alle Bilanzen und
Geschäftsberichte über das Mißverhältnis zwischen den Preisen des
Kohlematerials, vor allem der Kohlen und der Fabrikate nicht nur
jammern, sondern auch mit Zahlen die Thatfachen jenes lähmenden,
tötenden Mißverhältnisses belegen. Es ist alles umsonst.
Der kurzfristige, nur vom nächstliegenden Hochpreis angezogene
Charakter der kapitalistischen Volkswirtschaft, das Unvermögen,
selbst nach Ausschaltung der Konkurrenz durch das Kartell, auch nur
die eignen Interessen über den nächsten Profit hinaus wahr-
zunehmen durch vorausschauende Anbequemung an die Lage des Marktes —
wenn der Kohlenwucher sich die Aufgabe gestellt hätte, dies Unvermögen
des Kapitalismus und damit seine Unverträglichkeit vor aller Welt zu
erweisen, er hätte nicht anders verfahren können, als er es jetzt thut.
Unbekümmert um das Ende vom Liede nimmt er den Augenblick
wahr, ganz wie sonst die Konkurrenten untereinander. Unbekümmert
um seine eigene Zukunft schürt er seinen Kunden die Kefle zu,
schlachtet die Genuß, die ihm Eier legt. Heute noch fetter
Dividenden, nachher die Schuldflut, wir werden uns schon
aus der Affaire ziehen.“ Den Teufel schert sich die
Wier des Moments um Vermunft und Wirtschaft! An Stelle eines
vernünftigen Zueinandernehmens der Erwerbszweige, die aufeinander
angekommen, nebeneinander, durcheinander Leben sollen, ist den
Herren des Kohlenwuchers die übrige Volkswirtschaft nur ein Objekt
der Ausbeutung, dessen Schwundlust sie nicht kümmert, von dessen
Verdamm sie noch zu zehren verlangen. In der That, wir glauben,
daß selbst die Krisenvorgänge des 19. Jahrhunderts das Unvermögen
des Kapitalismus zu einer vernünftigen Wirtschaft, die Gemein-
schädlichkeit der kapitalistischen „Organisation“ nicht so eindringlich
bewiesen haben, wie dieses organisierte Kartell, dessen Macht noch
gerühmter wirkt, als selbst die freie Konkurrenz.

Ueber das Verhältnis der Kohlenzechen zur übrigen
Industrie orientiert am einfachsten der letzte Vierteljahrsbericht
der Laurahütte. Dieses große Hüttenwerk hat bekanntlich auch
große Kohlenzechen; sie lieferte nicht nur den eignen Kohlenbedarf
des ganzen Betriebes, sondern noch große Mengen zum Verkauf.
Die Laurahütte leidet also nicht unter den hohen Kohlenpreisen,
sondern zieht aus diesen Preisen noch hohen Gewinn.

Während nun das Hüttenwerk so dankbarstellt, daß ein Ausfall
von mindestens einer Million in diesem Zweige des Unternehmens
im Vierteljahr festgestellt wird, während der Preis für
Hausbrandkohle von über 200 Mk. auf 140—150 Mk. gesunken ist, hat
die Laurahütte dennoch fast einen so großen Ueberschuß aufzuweisen,
wie früher, weil die Kohlengewinnung den Ausfall im Eisengeschäft
deckt. Der Steinkohlenabfall und der Preis sind
gegen das Vorjahr so gestiegen, daß die Laurahütte in den ersten
drei Quartalen des laufenden Geschäftsjahrs 7 302 228 Mk.
Gewinn erzielte, nur 141 000 Mk. weniger als in der entsprechenden
Zeit des glänzenden Vorjahrs.

Hätte das große Hüttenwerk nicht die Kohlenzechen, so
würde es mit Dividenden faul aussehn, so würde es viel-
mehr von den Kohlenpreisen aufgefressen werden.
So lange es dem Kohlen Syndikat gelingt, die Wucherpreise zu halten,
wird die Laurahütte ihre 15—16 Proz. Dividende weiterzahlen
können. Da aber diese Kohlenpreise mit dem Ruin der Ab-
nehmer auch ihren eignen Ruin bewirken müssen, so kann
man das Ende dieser Entwicklung mit einiger Sicherheit vorher-
sehen.

Große westfälische Eisenwerke haben so ungeheure Vorräte auf-
gehäuft, daß ihre Geldmittel nicht mehr ausreichen, sie zu halten.
Es werden also Anleihen aufgenommen oder sonst Kredite oder Kapi-
talien gesucht — ein Versuch, das den Zusammenbruch beschleunigen
und in seinen Wirkungen vertiefen zu müß.

Und an dieser schwindelhaften Industrie zehrt der Kohlen-
ring mit seiner Uebermacht und seinen Wucherpreisen.

Ganz ebenso wie gegen die übrigen Industriezweige verhält sich
der Ring bekanntlich gegen die privaten Verbrauchser,
denen er zum Herbst wieder einen kräftigen Aberlaß zu-
gedacht hat. Dabei werden in allen Revieren die Löhne
gedrückt, wie die beiden letzten amtlichen Statistiken feststellen.

Wie lange soll diese wucherische Organisation
die Geduld des Landes mißbrauchen? Wird bald die
ohnmächtige Erbitterung zu einer unüberwindlich losbrechenden
Empörung anschwellen? Werden wir das Schauspiel erleben, daß

Handelsminister Müller noch weit mehr als sein Vorgänger die
unerträgliche Kostbarkeit des Kohlen geschäfts beschirmen? Er würde
es in diesem Falle hoffentlich nicht leicht haben bei seinen Debats in
den Parlamenten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni.

Die Zollpolitik.

Die zollpolitische Ministerkonferenz ist bereits am Mittwoch be-
endet worden. Graf Bälou beschloß die Beratungen durch eine
Ansprache, in der er gleich wie in seiner Eröffnungsrede
sein seltenes Talent, nichts zu sagen, erwieb. Graf Bälou sagte,
die Konferenz habe vollen Erfolg erzielt, aber die Offenlichkeit
weiß noch nicht einmal, ob der Reichskanzler nunmehr endlich zu
einem Urteil und einer festen Absicht über die Art der Tarif-
aufstellung und die Höhe der wichtigsten Zölle gelangt ist.

So bleibt das peinliche Rätselspiel an der Tagesordnung, das
Voll wird im Unklaren über die Stellungnahme der Regierung ge-
lassen und die Herren Junker dürfen ihre Treibereien ungehindert
fortsetzen. Auch über die gestrige bedeutsame Mitteilung der
„Berliner Neuesten Nachrichten“ von der Aufgabe des Doppel-
tarifs bringt der heutige Tag weder endgültige Bestätigung
noch Verleugnung. Die konservative und agrarische Presse
verhält sich gegenüber dieser für sie schwer belastenden Meldung
überaus kleinlaut. Die „Deutsche Tagesztg.“ meint,
„diese Bemerkungen seien äußerst vager Natur und augenscheinlich
nicht auf offiziöse Veranlassung zurückzuführen. Höchstens könnte
ein Geheimrat seiner Abneigung gegen den Doppeltarif Ausdruck
gegeben haben“. Die „Kreuzzeitung“ will sich in einen
Streit über die Wichtigkeit der Mitteilung der „Berliner Neuesten
Nachrichten“ nicht einlassen, behauptet aber, „von bestunterrichteter
Seite“ Mitteilungen empfangen zu haben, die mit jenen nicht
übereinstimmen.

Ganz geheimer ist den extremen Agrariern jedenfalls nicht. Auf
einer Vändertagung in Köln, von der wir weiter unten noch
berichten, forderte Herr Dr. Hahn in der Weidendeit, die den
„Bauernvertreter“ zient, einen Zoll von 7,50 Mk. für
Koggen und Weizen, aber Herr Dr. Köhler mußte zu-
gestehen, es seien dem Bunde Informationen zugegangen, daß
die süddeutschen Regierungen nicht geneigt seien, eine wesent-
liche Erhöhung über die jetzt geltenden Vertragszölle zu ge-
währen.

Was aber ist eine „wesentliche Erhöhung“? Dem Junker, der
einen Zoll von 7,50 Mk. fordert, ist die Erhöhung von 3,50 Mk. auf
4,50 oder 5 Mk. nicht „wesentlich“, obgleich diese Erhöhung für die
gesamte nachagrarische Bevölkerung eine schwere Schädigung be-
deutet.

Behinderung der Arbeitersekretariate.

Die vielerorts durch die Arbeiterorganisationen geschaffenen
Sekretariate für Erteilung von Rat und Hilfe in gewerblichen Rechts-
angelegenheiten haben sich allenthalben als höchst ersprießliche Ein-
richtung bewährt. Auch die Behörden konnten ihren Wirken ihre
Anerkennung nicht versagen und haben, so weit uns bekannt, dieser
Schöpfung der Arbeiterbewegung im allgemeinen keine Hindernisse
zu bereiten versucht. Eine Ausnahme bildete das Arbeiter-
sekretariat in Weichen in Oberschlesien. Hier, wo die Arbeiter-
bewegung noch jung ist und Unternehmer und Behörden
im ersten Eifer verharren, alles zu beschützen, was geizig ist, die
Socialdemokratie zu fördern, wurden auch dem von Dr. Winter
geleiteten Arbeitersekretariat allerlei Schwierigkeiten in den Weg ge-
legt. Jetzt hat sich auch die Rechtsprechung des obersten schlesischen
Gerichtshofs der Erhaltung der Thätigkeit des Arbeiter-
sekretariats gewidmet. Es wird uns hierüber aus Breslau be-
richtet:

„Das Breslauer Oberlandesgericht hat ein für die deutschen
Arbeitersekretariate sehr bedeutsames Urteil gefällt. Der Arbeiter-
sekretär Dr. Winter in Weichen i. O. Schl. hatte sich seiner
Zeit vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten, weil er
es unterlassen hatte, sein Rechtsanw.-Bureau gemäß
§ 35 der Reichs-Gewerbe-Ordnung anzumelden. Dieser
Vertrag fordert die polizeiliche Anmeldung für Betriebe,
die auf die gewerksmäßige Leistung fremder Rechts-
angelegenheiten und Abfassung bezüglicher Schriftstücke gerichtet
sind, während § 151 der Reichs-Gewerbe-Ordnung die erntuelle
zur Leitung solcher Betriebe bestellten Personen für die Erfüllung
der Anmeldepflicht haftbar macht. Die Anklage gründete sich
darauf, daß in sogenannten Arbeitersekretariat Personen aus
dem Arbeiterstande allerdings unentgeltlich Auskunft
erhalten, ebenso unentgeltliche Anfertigung von Schrift-
stücken vorgenommen werde, daß aber der von der
General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands angestellte
Bureauarbeiter angewiesen sei, die Hilfesuchenden zum Ein-
tritt in die Gewerkschaften zu veranlassen, an
welche sie dann Eintrittsgeld und feste regelmäßige Beiträge zu
zahlen hätten. Auch zahlten manche Rechtsuchende freiwillig
bestehende Beiträge für die ihnen geleisteten Dienste an das
Arbeitersekretariat.

Som Schöffengericht wurde Dr. Winter frei-
gesprochen. Eine gewerksmäßige Thätigkeit des Arbeiter-
sekretariats sei darin nicht zu ersehen, daß dortselbst Rechtsuchende
zum Eintritt einer Gewerkschaft veranlaßt würden, da die Eintritts-
gelder und regelmäßigen Beiträge, die seitens der Gewerkschaften
von den Mitgliedern erhoben werden, nicht das Äquiva-
lant für die Thätigkeit des Arbeitersekretariats, sondern für die
von den Gewerkschaften selbst ihren Mitgliedern gebotenen
Leistungen darstellen. Auch die Annahme gelegentlicher frei-
willig gegebener Beiträge seitens Rechtsuchender spreche nicht für
eine gewerksmäßige Beforgung fremder Rechtsgeschäfte.

Vom Landgericht Weichen O. S. wurde auf Verurteilung des
Staatsanwalts das schöffengerichtliche Urteil aufgehoben und

Dr. Winter zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Das
Landgericht begründete das Urteil folgendermaßen: Der von dem
Gewerkschaften bezug. der General-Kommission der Gewerkschaften an-
gestellte und bezahlte Leiter des Rechtsanw.-Bureaus habe den Auftrag,
die Rechtsuchenden als zahlende Mitglieder den Gewerkschaften zuzu-
führen und letzteren durch die Eintrittsgelder und regelmäßigen
Beiträge dauernde Einnahmen zu verschaffen. Darin sei die
Gewerksmäßigkeit des Betriebes zu erblicken,
ebenso wie in dem Umstand, daß offenbar von vornherein auch
auf die freiwilligen Beiträge von Rechtsuchenden gerechnet
worden sei.

Gegen dieses Urteil legte Dr. Winter Revision beim Ober-
landesgericht ein. Er bestritt die Rechtmäßigkeit des vom Land-
gericht aufgestellten Begriffs der Gewerksmäßigkeit. Das Arbeiter-
sekretariat mache in keinem Falle für seine Hilfe-
leistung den Rechtsuchenden irgend eine Gegen-
leistung zur Bedingung. Der eventuell erfolgende Beitritt
von Rechtsuchenden bezug. die Zahlung von Eintrittsgeldern und
Beiträgen an die Gewerkschaft könne daher unter keinen Umständen
als eine dem Arbeitersekretariat gewährte Gegenleistung an-
gesehen werden, ebenso wenig aber auch die freiwilligen Spenden,
die nicht einmal der General-Kommission, sondern die der Partei-
kasse zugewiesen würden. Weiter machte die Revision den Ein-
wand der Verjährung geltend, da bei Beginn des Strafverfahrens
mehr als drei Monate seit Eröffnung des Bureaus ver-
strichen seien. In Uebereinstimmung mit dem Antrag
des Staatsanwalts kam der Straferrat des
Breslauer Oberlandesgerichts jedoch zur Verwerfung
der Revision. Das Landgericht Weichen O. S. habe den Be-
griff der Gewerksmäßigkeit nicht verkannt.
Eine Verjährung konnte nicht eintreten, da die Pflicht zur An-
meldung des Betriebes so lange bestände wie der Betrieb selbst.

Dies Urteil der obersten Instanz stellt die so unheimlich und
jegensreich wirkenden deutschen Arbeitersekretariate auf eine Linie mit
jedem beliebigen Privatkonkulenten, der sein Gewerbe aus Gründen per-
sönlichen Gewinns betreibt. Zugleich eröffnet das Urteil der Ver-
waltungsbehörde die Gelegenheit, nach ihrem Ermessen ein Arbeiter-
sekretariat gänzlich zu verbieten.

Das Urteil des Breslauer Oberlandesgerichts bedeutet social-
politisch wie juristisch einen bedauerlich schweren Mißgriff.

Deutsches Reich.

Eine Finanzkonferenz haben die in Berlin verammelten
Vertreter der Bundesstaaten an die Zollkonferenz angeschlossen. Die
„Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet:

„Die in Berlin anwesenden Vertreter der Finanzverwaltungen
der größeren Bundesstaaten traten heute vormittag im Anschluß
an die stattgehabten zollpolitischen Besprechungen unter dem Vorsitz
des Reichskanzlers Grafen von Bälou zu einer Beratung der
Finanzlage des Reichs und ihrer Auswirkung auf
die einzelstaatlichen Finanzen zusammen. Die Kon-
ferenz, an welcher auch der Staatssekretär des Innern Graf
v. Polakowsky teilnahm, währte mehrere Stunden.“

Zugleich veruchten die „Berliner Politischen Nach-
richten“ für die Reichsfinanz-„Reform“ lebhaft Stimmung zu
machen. Sie schlagen die Zollein, der Defizitlosigkeit eintreten zu
wollen, daß die Abgrenzung der Finanzen des Reichs und der
Bundesstaaten ohne neue Steuern erzielt werden solle. Es
ist aber außer jedem Zweifel, daß die Auflösung der Bundesstaaten
von jeder materiellen Mitverantwortlichkeit für die Reichsfinanzen
die Ausgabensteigerung im Reich noch befördern und so neue Reichs-
steuern dem Reichsbioge unweigerlich aufgezwungen werden würden.
Es wäre ungeheuerlich, wollte der Reichstag den bundesstaatlichen
Finanzhemmschuh preisgeben.

Centrum, Bauernverein und Bündertum. Die „Rheinische
Vollstimmte“, das Organ des „Rheinischen Bauernvereins“ nimmt
jetzt endlich Stellung zu dem Streit zwischen dem Centrum und den
agrarischen Bauern. Aus Zweckmäßigkeitsgründen will
die „Vollstimmte“ dem Centrum Treue halten; sie führt aus:

„Bei dem Ausbruch untrer künftigen Wirtschaftspolitik, von dem
das Sein und Nichtsein der deutschen Landwirtschaft abhängt,
ist das Centrum die ausschlaggebende Partei. Die Landwirte
haben daher alle Ursache, sich die Gunst des Centrum zu
erhalten bezug. zu erwerben. Daß hierzu aber der Rheinische Bauern-
verein, dessen Mitglieder zu einem großen Teile der Centrum-
partei angehören, geeigneter ist als der Bund der Landwirte, liegt
auf der Hand. So sehr wir daher die Gründung des Bundes be-
grüßen haben und ihm auch fortgesetzt alles Gute wünschen, so sehr
wünschen wir, daß er im Interesse der Landwirtschaft die Agi-
tation an dem Rheine dem Rheinischen Bauernvereine ungeteilt
überlassen möge.“

Das Centrum hat seine liebe Not, die grundbesitzenden Brot-
wucherer und die gegen den Brotwucher sich wehrenden Arbeiter unter
dem einen Jesuitenhutlein zu halten.

Mittlerweile hat die Leitung des Bundes der Land-
wirte einen neuen säkularischen Einfall ins Centrum-
gebiet unternommen. In Köln hielten die Herren am Mittwoch
eine „rheinische Provinzialversammlung“ ab, die von 400 Landwirten
besucht gewesen sein soll. Herr Dr. Köhler griff das Centrum
an, weil es keine klare und führende Stellung nehme zur Zollfrage.
Dr. Hahn erklärte, man wolle dem Centrum keine Schwierigkeiten
bereiten, sondern nur „möglichst viele wahrhaft und standhaft land-
wirtschafts- und mittelhandwerksfreundliche Herren ins Centrum hinein-
bringen“.

Centrumredner, die in der Versammlung für ihre Partei Rech-
fertigungen versuchten, wurden, wie die „Köln. Volksztg.“ sagt,
häufig durch Schlußrufe, Trampeln und ohen-
betäubenden Lärm an Weiterreden behindert,
also nach echter agrarischer Modauart abgeban. Die „Köln. Volks-
zeitung“ nimmt übrigens den agrarischen Vorstoß nicht allzu schwer,
denn nach ihrer Angabe steht der bei weitem größte Teil der
Versammlungsbesucher nicht auf dem Boden der Centrumspartei.

Ein förmliches Zollkartell soll, wie der „Frankf. Ztg.“ aus
Berlin telegraphiert wird, zwischen einigen maßgebenden

Gruppen des Centralverbands deutscher Industrieller und den Führern der Agrarier abgeschlossen worden sein, wonach erstere für erhöhte Getreidezölle und für den Doppeltarif eintreten oder gegen diese agrarischen Wünsche wenigstens keinen Widerspruch erheben wollen. Die Agrarier dagegen werden im Reichstag für die Zollwünsche der beteiligten Gruppen des Centralverbands eintreten. In erster Linie sollen die Spinner dabei beteiligt sein, welche bekanntlich wesentlich erhöhte Garnzölle anstreben.

Eine Epilepsie-Konferenz. Die ganze Wissenschaft wird aufgeboten, um über den Geisteszustand des Bremer Epileptikers zu urteilen. Nach dem „V. L.“ hat sich die wissenschaftliche Deputation im Kultusministerium mit der Frage beschäftigt. Dieses höchste begutachtende Kollegium Preußens in allen auf medizinische Angelegenheiten bezüglichen Streitfragen soll in dem in Rede stehenden Prozesse seine Meinung über den Geisteszustand Weilands abgeben. Schon in der vorigen Woche hatte die Angelegenheit die Deputation in einer ebenfalls mehrstündigen Beratung beschäftigt. In der unter Direktor Althoff's Vorsitz stattgefundenen Beratung war eine Anzahl bekannter deutscher Psychiater, unter ihnen der Münchener Vertreter der Nervenheilkunde, Grasshey, eingeladen worden.

Bei früheren Attentaten berief man nicht die wissenschaftliche Deputation und Sachverständige der Jrenntunde, sondern machte ein Sozialistengesetz!

Zu den Sonnenprozenten. Die „Nat. Bl.“ schweigt zu der Wertung, die wir ihr gestern widmen mußten. Dafür findet sich heute in der „Tägl. Rundschau“, einem Blatte, das sich gern seiner „anständigen“ und „vornehmen“ Gesinnung rühmt, eine noch weit unverschämtere Mißpelle. Die „Tägl. Rundschau“ spricht geradezu von unsren „gefälschten und erlogenen Sonnenbriefen.“ Nicht einmal die uns anklagende Heeresleitung bezweifelt die Echtheit der von uns veröffentlichten Dokumente des Chinakriegs. Wir teilten mit, daß die Heeresleitung ihre Klage aus § 185 Str.-G.-B. (formelle Beleidigung) erhoben hat. Der Gerichtstag wird die Verleumdungen der „Tägl. Rundschau“ und anderer jede Barbarei schuldigender Blätter endgültig erweisen.

Prozess Krosigk. Generalleutnant v. Alten legte, wie die „Osidentische Volkszeitung“ meldet, als Gerichtsberr Verurteilung gegen das im Prozeß wegen Ermordung des Mitmeisters v. Krosigk gegen den Unteroffizier Warten und den Sergeanten Hidel gefällte freisprechende Urteil ein.

Kann ein Christ Socialdemokrat sein? Diese für die Kirche charakteristische Frage — denn nach gewissen Lehrsätzen des Christentums sollte man vielmehr die Frage hören: Kann ein Christ nicht Socialdemokrat sein? — beschäftigt die frommen Kreise gegenwärtig stark, nachdem ein paar Geistliche offen zur Socialdemokratie übergetreten sind.

Während auf der kirchlich-socialen Konferenz Herr Stöder mit Recht darlegte, daß ein Stöder'scher Christ nicht Socialdemokrat sein könne, traten Geistliche, die offenbar nicht ganz dem Stöder-Christentum huldigen, in einer öffentlichen Versammlung der kirchlich-socialen Konferenz in Hannover für die Vereinbarkeit religiös-christlicher und socialistischer Ueberzeugung ein. So erklärte, wie wir der „Volkszeitung“ entnehmen, ein Superintendent Rotermund-Boschmann: Der Atheismus der Socialdemokratie sei nur eine Kinderkrankheit. Die socialistischen Ideen an sich ständen nicht im Widerspruch mit der Gesamtanschauung des Christentums und keine Bibelstelle widerspreche ihnen. Somit dürfe ein Christ sehr wohl die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Socialdemokratie verfolgen.

Eine andre Frage sei, ob ein Christ auch unter heutigen Verhältnissen der socialdemokratischen Partei beitreten könne, da diese aus dem Kampf gegen das Christentum „ein Gewerbe mache“ und sich dadurch manche entfremde, die ihr sonst sympathisch gegenüberständen. Er halte aber, wie schon betont, die Religionsfeindschaft der Socialdemokratie nur für eine Kinderkrankheit und reumiere sich deshalb dahin: Teilt ein Christ die wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen des Socialismus und fühlt er daneben den festen Willen und die Kraft, sein Christentum innerhalb der socialdemokratischen Partei zu vertreten, so darf er ihr auch als Mitglied beitreten und es darauf ankommen lassen, ob er nicht „hinausfliegt“.

Der Vorsitzende Pastor Dr. Wynnen-Edelheim untersuchte im wesentlichen die Ausführungen des Referenten, indem er betonte, daß ein Christ, der fest auf seinem Glaubensstandpunkt stehe, und ein Socialdemokrat, der fest auf seinem programmatischen Parteistandpunkt stehe, sehr wohl mit einander zusammen gehen könnten.

Es steht schlimm um das Christentum, das zweifellos kommunistische Züge enthält und jedenfalls in seinem Ursprung keine Religion der herrschenden, sondern der unterdrückten Klassen ist, wenn seine offiziellen Vertreter und Prediger die Frage überhaupt nur debattieren. Wenn aber die Herren Pastoren, die der Socialdemokratie Sympathien entgegen bringen, meinen, die Socialdemokratie bekämpfe als Partei die christliche Religion, so ist das ein gründlicher Irrtum. Wir treten von Partei wegen dem Christentum gegenüber, das sich unter dem Deckmantel der Religion als Schutzorganisation für die herrschenden Klassen bewährt, und lehnen jede staatliche Unterstützung kirchlicher Zwecke, jede religiöse Zwangs-erziehung ab. Im übrigen hat unter uns jeder die völlige Freiheit, über das religiöse Problem zu denken, zu schreiben und zu reden, was er will.

Die Verjudung. Die „Staatsbürger-Zeitung“ klagt darüber, daß der Director der Hamburg-Amerikanischen Palettschiff-Aktien-Gesellschaft, Wallin, obwohl Jude, doch am Dienstag beim Kaiser gefühlvoll habe, also „eine größere Ehre genoss“, als sie Herrn v. Miquel zu teil wurde.

Na, auch Herr v. Miquel galt in früheren Jahren dem Schwarz-Organ als jüdischer Kasse. Vielleicht gewöhnt es sich auch schließlich an Wallin, der nun einmal infolge seiner weltpolitischen Anschauungen gegenwärtig sehr modern ist. Ritualmorde wird er ja wohl nicht begehen.

Ein sehr eifriges Christthum ist dem socialdemokratischen „Volkblatt für Anhalt“ auf den Redaktionsstisch geflogen. Es lautet (die Namen sind weggelassen):

„Gilt sehr!“
An den Vorstand des Militärvereins A.
Daß der von uns als „Gilt sehr!“ am Sonnabendabend an den Militärverein A. abgeordnete Brief verloren gegangen, ist um so bedauerlicher, als die in demselben enthaltene Mitteilung und darin verlangte Auskunft von der herzoglichen Kreisdirektion hier selbst als dringlich bezeichnet waren.

Letzterer ist hier von einem Fünfziger die Nachricht geworden, daß der in . . . wohnende Arbeiter . . . Sohn des dem Militärverein . . . angehörenden Kossäthen . . . Exemplare des „Anhaltischen Volksblatts“ nach dem jedesmaligen Erscheinen desselben erhält und für die Verbreitung derselben in dem Orte Sorge trägt. Der Polizei ist der Verdacht gekommen, daß der v. . . ebenfalls der socialdemokratischen Partei angehört, und hat solches, weil er Mitglied eines Kriegervereins ist, der herzoglichen Kreisdirektion gemeldet. Der Verdacht scheint nicht unbegründet, um so mehr, als der Name des . . . gelegentlich einer vor längerer Zeit erfolgten Beschlagnahme der Kasse und eines namentlichen Verzeichnisses des Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbands Deutschlands in Hannover in dem genannten Verzeichnisse mit stand. Wir ersuchen Sie nunmehr, sofort den v. . . mit dem gegen ihn ausgesprochenen Verdacht bekannt zu machen und insbesondere auf das gewissenhafteste zu vernehmen (auch mit Hilfe von Zeugen), inwiefern er sich mit socialdemokratischen Tendenzen eingelassen hat, eventuell denselben, wenn er sich selbst für schuldig bekennet, oder für schuldig durch die Untersuchung befunden wird, sofort aus dem Vereine auszuweisen.

Welchen Unannehmlichkeiten sich der Verein aussetzt, wenn die Angelegenheit nicht umgehend aufs sorgfältigste geklärt wird, brauchen wir nicht zu erörtern.

Vorstehendes Schreiben ersuchen wir dem . . . nicht vorzulegen und nach Erledigung zurückzuschicken. Indem wir postwendenden Bescheid erwarten

Mit kameradschaftlichem Gruß
Anhaltischer Kriegerverband.
Schleicher, Vorsitzender.

Kriegervereine treiben keine Politik!

Eine Diskussion über die Hypothekendarlehen. Mit einem Heroismus, der auf gute Honorare schließen läßt, fährt Dr. Wittenberg fort, die verlorene Sache der Hypothekendarlehen zu führen. Am Mittwochabend hatten die Bodenreformer „nach der Tonhalle“ eine Volksversammlung berufen, um für die Ueberleitung der Erwerbsgesellschaften, die dem Bodenkredit dienen, in die Hand der Kommunen zu plädieren. Herr Damajchle referierte über die bekannten Vorgänge. Nach ihm sprach Dr. Wittenberg, dem vom Handelsredacteur Bernhard und dem Professor Ad. Wagner in einer Weise beigemeldet wurde, daß er das Wiederkommen vergessen würde, wenn dies nicht — sein Geschäft wäre.

Die Debatte zwischen den drei Genannten erhob sich zu einiger Bedeutung und brachte in der Versammlung eine lebhafte Spannung zu Stande.

Dr. Wittenberg verteidigte mit eiserner Entschlossenheit die Hypothekendarlehen, trat für die Münchener Sicherheit ihrer Pfandbriefe ein mit der Behauptung, daß die Später an mündelbaren Staatspapieren unvergleichlich mehr verloren hätten als an Pfandbriefen, vertieg sich zu der Ansicht, daß Hypothekendarlehen, überall wo sie sich niederlassen, mit der Zeit für gesunde Verhältnisse sorgen, ging über den Bauhandwerk mit der unglücklich thörichten Bemerkung hinweg, daß die Bauhandwerker mit zu wenig Kapital an Aufgabenerangungen, denen sie nicht gewachsen seien, und kam dann auf die Tazen zu sprechen. Er verteidigte diese Tazen mit dem Argument, daß sich beinahe wie eine wichtige Verhöhnung anhöre, daß nämlich die Tazatoren ihr Gutachten „auf ihren Dienst“ genommen hätten. Bei der Gelegenheit enthielt Dr. Wittenberg, wer der Tazator des Wolandischen Geländes in Banow ist, daß die Pommerische Hypothekendarlehen ein Jahr nach der Erwerbung um drei Millionen auf Grund einer Taze über 30—34 Millionen mit 21 Millionen beliehen hat. Jene Taze rührt von einem Beamten des Baubureaus des Polizeipräsidiums her. Dr. Wittenberg verteidigte dies Tazat und wenn das auch ein vergebliches Bemühen bleibt, so müssen doch allerdings die Angriffe wegen dieses Geländes vom Standpunkte der Bankfinanz aus erheblich eingeschränkt werden. Als die Pommerische Bank das Terrain für drei Millionen in der Endstation erwarb, ruhten darauf noch weitere vier Millionen Hypothekendarlehen und außerdem Servituten, die nachher mit 1/2 Million abgelöst sind. Ferner sind Kanalisation, Wasserleitung und Straßen durch das Gelände geführt, wofür angeblich 4 bis 5 Millionen verausgabt sind. Dabei hat sich nach Dr. Wittenbergs Behauptung die Bank alle verfügbaren Möhren der Paulower Kanalisation gesichert, so daß andre Leute dort für eine Zeitlang keine Straßenanlagen machen können. In den Vororten mit ihren Interessentengruppen ist anscheinend vieles möglich.

Das ganze Gelände ist barren und in Blöcke zerlegt. Der Tazator hat jeden einzelnen Block für sich gekauft und hält seine Schätzung anrecht. Näheres wird man ja wohl am Sonnabend in der Generalversammlung der Pommerischen Bank hören.

Herr Handelsredacteur Bernhard ging dem Dr. Wittenberg scharf zu Leibe, was ihm der eigenartige Herold des Herrn Sanden sehr erleichtert hatte. Die bekannte Voigtische Drohschreie, die eine so überaus beschränkte Kenntnis der Ereignisse gefunden hat, ist bei ihrem Erscheinen in einer Gegenschrift Dr. Wittenbergs „verrisen“ worden. Man sollte meinen, an diesem Einzelfall hätte Dr. W. genug. Professor Wagner beschränkte sich auf ein kurzes Wort; er trat dem Redacteur Bernhard zur Seite und nahm nur den Schluß an, in dem sich Bernhard, gegen Damajchle gewandt, für die Enteignung der Produktionsmittel überhaupt ausgesprochen hatte.

Damajchle erklärte sich offen gegen die Socialdemokratie und proklamierte, daß an ihrer Stelle die Bodenreformbewegung, wie angeblich in England etc., die Arbeiter gewinnen werde. Das gab Prof. Wagner Veranlassung, mit leisem Spott zu sagen: mein Freund D. ist ein junger Mann, ich bin alt, dann hat man die Illusionen aufgegeben.

Redacteur Bernhard erwähnte noch eine ihm von sehr vertrauenswerter Seite zugegangene Mitteilung, nach der Fürst Putbus, Aufsichtsrat der Pommerbank, seinen Einfluß aufbiete, um die Affäre über das Knie zu brechen und ohne gründliche Aufklärung zu erledigen. Jeder Versuch der Art würde dem allgemainten Widerstand begegnen. Auf der anderen Seite muß immer wieder betont werden, daß die Lage der Pommerbank mit derjenigen der Sandenbanken nicht zu vergleichen ist, und daß die Pfandbriefbesitzer nur der großen Bank in Garn laufen, wenn sie jetzt kopslos verkaufen.

Ein Voerensfreund als Majestätsbeleidiger. Vor der Strafkammer I des großherzoglichen Landgerichts zu Schwerin hatte sich, wie die „Mecklenburg. Nachr.“ mitteilen, der Händler und Stationsnachtwächter Emmerich Deser zu Kleinen wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Deser ist nicht bestraft und seit 35 Jahren im Eisenbahndienste. Von seinen Vorgesetzten wird ihm ein gutes Zeugnis ausgestellt. Er beschäftigt sich viel mit Religion und Politik und wird deshalb oft von Bekannten, wenn auch nur scherzweise, um Auskunft gebeten. Er ist ein guter Patriot und eifriger Verehrer des Kaisers, daneben aber auch ein ausgesprochener Voerensfreund. Am 27. März dieses Jahres wurde Deser von zwei Arbeitern nach seiner Meinung über die Verleibung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts befragt. Bei dieser Gelegenheit soll der Angeklagte sich über den Kaiser abfällig ausgesprochen und ihn schwer beleidigt haben. Deser stellt dies entschieden in Abrede und glaubt, daß ein Arbeiter ihn nur aus Rache angezeigt habe, weil er denselben vor einigen Jahren wegen Kohlenbiefstahls zur Anzeige gebracht hatte. Das Gericht hält auf Grund der Aussagen zweier beideter Zeugen für erwiesen, daß Deser sich der beleidigenden Worte bedient hat. In Verdrückung der übrigen Zeugenansagen und der Persönlichkeit des Angeklagten glaubt das Gericht, daß er sich der Tragweite und des beleidigenden Charakters seiner Äußerung nicht bewußt gewesen ist. Aus diesem Grunde erfolgte die Freisprechung des Deser. Wärdten die Richter stets so ruhig urteilen.

Ein Gegner über den französischen Socialismus.

So wenig gegnerisches Urteil unser eignes beizien soll, so ist es doch auch nicht gänzlich unbeachtlich. Die „Kreuz-Zeitung“ äußert sich am Schluß eines längeren Leiters über die französische Socialdemokratie zusammenfassend also:

Die Wählerkreise der Socialisten und Radikalen, deren ausübender Faktor das Ministerium Waldeck-Roussieu ist, gegen die katholische Kirche, gegen die Armee, überhaupt gegen alles, was ihren kollektivistischen Bestrebungen gefährlich zu sein scheint, haben trotz aller Kämpfe innerhalb der Partei ihre zerstörende Wirkung ausgeübt. In den Kreisen der staatsbehaltenden Elemente beginnt man endlich einzusehen, wie übermächtig der Einfluß und die Stellung der Socialisten geworden ist und welche Fehler man selbst begangen hat. Die letztere Erkenntnis ist stets der Weg zur Besserung, immer mehr gewinnt die Ueberzeugung an Boden, daß es auf diese Weise nicht weiter gehen kann. Die ohnedies nicht sehr republikanisch gestimmte Armee, der bedrohte Katholizismus, die

vernachlässigte Landwirtschaft, alle Kreise der Bevölkerung, welche durch das jetzige Regierungssystem unterdrückt und geschädigt werden, beginnen den Zusammenstoß gegen den gemeinsamen Feind energisch zu betreiben. Die offenliegende Socialisierung Frankreichs, zu der das Ministerium sich seit langem hergiebt, und deren Gefährlichkeit weder die Programmrede von Toulouse noch andere Erklärungen in beliebiger Manier abzuschwächen vermögen, gedeiht die Mehrheit des französischen Volkes sich denn doch nicht so ohne weiteres gefallen zu lassen. Sichere Anzeichen der verschiedensten Art deuten darauf hin. Der Kampf gegen das socialistische Ministerium erhebt sich gerade in dem Moment, wo die socialistische Begehrlichkeit alles erreichen zu können glaubt; der Anfang des Kampfes gegen das Ueberhandnehmen des Socialismus bedeutet gleichzeitig das Ende eines Ministeriums, welches dem Lande nichts genügt und ihm vielen Schaden gebracht hat.

Dies Urteil der „Kreuz-Zeitung“-Redaktion wird in der heutigen Abendausgabe desselben Blattes ergänzt durch eine übereinstimmende Äußerung seines ständigen Pariser Korrespondenten. In einer Besprechung des Redaktionswandels im „Figaro“ sagt der Korrespondent:

Carnot (der bisherige, für das Ministerium Waldeck-Roussieu eintretende Leiter des „Figaro“) ist sicherlich ein begabter, wenn auch etwas oberflächlicher Journalist, ein Meister der dialektischen und ironischen Kunst, aber seine Verblendung oder die Verblendung derer, die den persönlichen Freund Waldeck-Roussieu gewähren liegen, ist doch fast unbegreiflich. Wie konnten sie glauben, daß der „Figaro“ bei einer Parteinahme für denjenigen Staatsmann, der zum erstenmal seit dem Bestehen der Republik einen Socialdemokraten zum Minister und die Socialdemokratie zur Regierungspartei macht und sich an die Spitze der gegen die Autorität, gegen Kirche und Armee gerichteten Bewegung stellt, — daß der „Figaro“ da noch seinen alten Leberlebens bewahren und ihn erweitern würde, und noch dazu so kurz vor den Wahlen, wo alle staatsbehaltenden Parteien in erhöhtem Maße den Drang empfinden, sich gegen die lapinenartig wachsende Umsturzpartei zusammenzuschließen —!

Die „Kreuz-Zeitung“ hat stets Reue, die „rote Gefahr“ allzu rot zu malen. Mag man auf Rechnung dieser Reue auch ein gut Teil der Befürchtungen der „Kreuz-Zeitung“ und ihres Korrespondenten setzen, — es bleibt gewiß genug übrig, um in uns — trotz aller Zerwürfnisse unter unsren französischen Parteifreunden — Freude an der Entwicklung des französischen Socialismus zu erwecken.

Ausland.

Die dänischen Studenten und die Socialdemokratie.

Der „Studentenbund“ („Studentersamfundet“), die große Organisation der freigeistigen Studenten Dänemarks, hat am Sonnabend sein neues Vereinshaus am Frie Platz in Kopenhagen eingeweiht. Unter den besonders eingeladenen war auch der Vorsitzende der socialdemokratischen Partei Dänemarks, Stadtverordneter P. Knudsen, der bei dieser Gelegenheit eine Rede hielt, der folgende Sätze entnommen seien:

Als Socialdemokrat und als Arbeiter danke ich für die Einladung zum Fest. Unter den heutigen politischen Kämpfen der 80er Jahre, als namentlich die Socialdemokratie dem Hof der oberen Gesellschaftsklassen ausgesetzt war, hat sich der Studentenbund entschieden auf die Seite gestellt, wo die Socialdemokratie stand. Dank für das Zusammenarbeiten im politischen Kampf, und Dank für das, was der Studentenbund für die Arbeiterklasse geleistet hat durch die Vorträge in der Römerrgade, durch die Abendkurse und durch die Nachschiffe. Was uns dies so wertvoll machte, war der Umstand, daß es nicht Werke des Mitleids waren. Keim, die freigeistigen Studenten fühlten, daß es in ihrem eignen Interesse lag, im Interesse der Wissenschaft, der Litteratur und der Kunst, daß das Volk die breite Basis bilden müsse, auf die sie sich stützen können. Das erhöhte die Bedeutung des Zusammenarbeitens, daß die Socialdemokratie danach strebt, die große Arbeiterbevölkerung für Wissenschaft, Litteratur und Kunst empfänglich zu machen. Hieraus folgt auch die Sympathie der Studenten für die übrigen Bestrebungen der Socialdemokratie, der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, besserer ökonomischer Verhältnisse und politischer und wirtschaftlicher Freiheit. Ein von Nahrungsorgen gequälter Arbeiter kann nicht hinreichend Sinn für Wissenschaft und Litteratur haben. Eine Arbeitszeit, die sich über den größten Teil von den 24 Stunden des Tags erstreckt, macht die Aufklärung gleichfalls unmöglich. Und endlich bedarf es der politischen und ökonomischen Freiheit, damit die breiten Schichten der Bevölkerung der Wissenschaft, der Litteratur und Kunst die solide Grundlage geben, der sie bedürfen. Mit dem Dank für das Zusammenarbeiten in der Vergangenheit spreche ich vertrauensvoll den Wunsch aus, daß der Studentenbund auch in der Zukunft Seite an Seite mit den Arbeitern im Kampf um den Fortschritt stehen wird.

Oft wiederholter dräuender Beifall wurde dem Redner von den mehreren hundert jüngeren und älteren Akademikern zu teil. Dann antwortete der Vorsitzende des Studentenbunds, Jvar Verendsen:

Der Studentenbund wäre niemals zu irgend welcher Bedeutung gelangt, wenn er nicht das Vertrauen der Arbeiter gewonnen hätte. Und darum ist es unsere größte Freude, heute hier den ersten Mann der Socialdemokratie in unserer Mitte zu sehen. Meine Hoffnung ist es, daß wenn wieder 19 Jahre vorüber sind, sich die freigeistigen Studenten und die socialdemokratischen Arbeiter doppelt nahe stehen.

Um dieses innige Verhältnis zwischen Studenten und Arbeiter-schaft zu verstehen, muß man in Betracht ziehen, daß die dänischen Studenten lange über die Karrebedinge hinaus sind, mit denen sich die farbentragenden und schlagenden Verbindungen unserer deutschen Studenten beschäftigen. In seiner Festrede sagte Jvar Verendsen: „Die dänischen Studenten mit der Kolarde an der Nase sind ausgefordert. Was sie in ihrer Väterzeit waren, wissen wir nicht. Diejenigen, die wir am Schluß der 70er und am Anfang der 80er Jahre trafen, verdienten nur eines: schonungslose Ausrottung. Die „Kolarde“ war das Zeichen der Absonderung von den andern den „Wälstern“. Aber wir wollen wirken für das Volk, mit dem Volke und im Volke.“

Johnson hat einmal gesagt: Die Dänen seien die aufgefärrteste Nation der Welt. Wenn dieses Urteil berechtigt ist, so sieht fest, daß die freigeistigen Studenten des Studentenbunds sehr viel zur Herbeiführung dieses hohen Stands der geistigen Kultur beigetragen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Misernte. Aus Preßburg wird telegraphiert: Aus den Getreidebauenden kommen trostlose Meldungen. Infolge der anhaltenden Dürre ist die Auser fast vollständig vernichtet. Man befürchtet, daß infolge der zu erwartenden Misernte unter den Bauern eine Hungernot ausbrechen werde.

Czechisch-polnische Dreibundsgegnerschaft. In der österreichischen Delegation debattierte am Donnerstag in der Debatte über das Budget des Ministeriums des Inneren Kasta, daß keine der Haager Signatarmächte dem südafrikanischen Kriege habe ein Ende machen können. Kasta behauptet sodann Deutsch-land habe den Dreibund zur Verwirklichung und Ausbreitung seines Einflusses zu Wasser und zu Lande und zur Befestigung und Ausdehnung seines Kolonialbesitzes benützt, während Oesterreich sich mit passiver Politik begnügt habe, die dem Ruhenhandel keine Stütze biete. Die Czechen seien keine Gegner des Dreibunds, sie wünschten und erstrebten ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland und Italien, wozu kein politisches Bündnis

notwendig sei. Redner erinnert an die Aufhebung der Erhöhung der Getreidezölle in Deutschland und an die Ausweisung von Slaven und Polen aus Deutschland und sagt, Oesterreich solle sich weiterhin nicht damit begnügen, im Schatten des deutschen Reiches zu lämpfen. Im Interesse der Dreieinigkeit läge es, das politische Bündnis nicht mehr zu erneuern, sondern nur eine Einigung der politischen Sympathien anzustreben, um Freiheit in der Wahrung eigener Interessen zu erlangen. Oesterreich werde in der Defensive auch ohne Bündnis stark sein, wenn der innere Friede hergestellt sei. Pflege der Volkswirtschaft und Gerechtigkeit im Innern würde die Monarchie wieder auf eine achtunggebietende Höhe bringen, von welcher man aus Liebe oder Furcht oder aus Rücksicht auf das mächtige Deutsche Reich herabgesunken sei. Kozłowski erklärt, die Polen seien stets bereit, für das kostbare Gut des europäischen Friedens einzutreten. Die Polen wollten sich keineswegs in die innere Politik fremder Staaten einmischen, die Ausweisungen gehörten aber nicht in die innere Politik. Redner will die Verantwortung für diese Maßregel nicht dem gesamten deutschen Volke zur Last legen. Er verurteilt sie vom Standpunkt der christlichen Ethik, der Kultur, der allgemeinen Menschenrechte und der Handelsverträge. Obwohl die politische Haltung der Polen nicht den geringsten Anlaß dazu biete, würden die Ausweisungen allgemein verurteilt.

Frankreich.

Steuerreform. Trotz der Erklärung des Finanzministers, daß die Einbringung der Frage der Einkommensteuer in den Budgetentwurf für 1902 nur den Zweck haben könne, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, beschloß die radikale Mehrheit der Budget-Kommission der Kammer, die Personal- und Mobiliar-, sowie Thür- und Fenstersteuer durch direkte Einkommensteuer zu ersetzen.

England.

London, 6. Juni. Der Bericht der Kommission, welche die Organisation des Kriegsamtts zu prüfen hatte, besagt, die Hauptschwäche des gegenwärtigen Heeresverwaltungs-Systems liege in dem Fehlen einer klaren Feststellung, inwieweit die den Oberbefehl führenden Offiziere einerseits für die Verwaltung, andererseits für die Befehlsführung verantwortlich sind. Als Abhilfe gegen diesen Mangel empfiehlt der Bericht eine Dezentralisierung, durch welche in erheblichem Umfang Autorität und Verantwortlichkeit auf die Distrikts-Offiziere übertragen wird; ferner wird vorgeschlagen, daß eine ständige Kriegsamttsbehörde mit dem Staatssekretär als Vorsitzenden und zivilen sowie militärischen Departementschefs unter eventueller Heranziehung von Distriktskommandeuren eingesetzt werde.

Dänemark.

Socialdemokratische Demonstration. In Kopenhagen veranstalteten die Socialdemokraten anlässlich der Grundgesetzfeier eine imponierende Massendemonstration gegen das Ministerium. 187 Vereine mit 38 Musikcorps nahmen an dem Streikzug teil. Auf dem Festplatz hielten sechs Abgeordnete Vorträge gegen die Regierung.

Norwegen.

Der Militarismus. Das Storting hat in den letzten Tagen seiner nun beendeten Session alle von der Kommission zur Landesverteidigung vorgeschlagenen Ausgaben bewilligt, im ganzen 12 722 500 Kr., davon an außerordentlichen Ausgaben circa 10 600 000 Kr. An außerordentlichen Mitteln für die Landesverteidigung sind damit seit 1894 56 163 000 Kr. bewilligt worden. — Die projektierten Festungswerke sollen einen Schutz gegen das Bruderkland Schweden bilden und einige der bewilligungslustigen Volksvertreter sprachen die Hoffnung aus, daß damit der Forderung immer größerer Selbständigkeit Norwegens, dem Wunsch nach eignen Konsulaten und Gesandtschaften mehr Nachdruck verliehen werde. — Seitdem die Linke, die Majorität besitzt, sind es die Konservativen, die sich den Militärforderungen entgegenstellen; sind die Radikalliberalen die Bewilligungslustigen. — Die 37, die gegen die 3 380 000 Kr. für die Landbefestigung stimmten, waren die Konservativen, die Moderierten und 2 von der Linken; die 69, die dafür stimmten, gehörten sämtlich der Linken an.

Der Boeren-Krieg.

Die öffentliche Meinung Englands wird über die schweren Schläppen, die das englische Heer jüngst erlitten, wieder durch eiliche „Siegesnachrichten“ beruhigt. So soll nach einer Neusternmeldung aus Pretoria ein Teil des Boerenkommandos unter Beyers an Zahl 400 in der Nähe von Barmabon von 240 Engländern unter Oberst Wilson überfallen und geschlagen sein. Die Boeren hätten 37 Tote und mehrere angeblich den ganzen Proviant für Beyers Streikraft. Drei Engländer wurden getötet, 15 verwundet.

Der englische Kriegsminister Brodrick erklärte in einer Dinerrede, der Krieg in Südafrika werde weiter mit Nachdruck und Menschlichkeit fortgeführt werden, die Regierung sei entschlossen, nichts ungethan zu lassen, was für einen ehrenvollen dauernden Frieden Gewähr biete.

Eine Kundgebung zu Gunsten der Boeren

veranstaltete die internationale Boerenliga in Wien. Eine von 2000 Personen besuchte Versammlung richtete folgendes Telegramm an das englische Parlament:

„Als Angehörige eines Staats, der seit jeher mit der englischen Nation Freundschaft gepflegt hat, richten wir an das englische Volk die Aufforderung, ein Schiedsgericht anzunehmen, das einem Kriege ein Ende macht, den heute gewiß der größte und beste Teil des englischen Volks verabscheut. Wir geben unserer Empfindung dahin Ausdruck, daß das Ansehen Englands bei allen Völkern durch eine solche Handlung bei weitem mehr gewinnen würde, als wenn es der Auffassung folgt, als sei es Ehrensache, die Vernichtung des Boerenvolks zu beenden. Wir sind alle überzeugt, daß die Macht Englands ausreicht, den Kampf noch lange fortzuführen, aber je länger der Krieg dauert, desto tiefer wird die Aflut, welche zwischen dem englischen Volk einerseits und den kontinentalen Völkern andererseits sich bildet und bilden muß. Und in diesem Sinne hoffen wir, daß das englische Volk die eigene Regierung veranlassen wird, den Antrag der Boerenstaaten auf Beendigung des Kriegs durch ein Schiedsgericht anzunehmen.“

Partei-Nachrichten.

Politisches, Gerichtliches usw.

— **Flugblattverteilung vor Gericht.** Vor dem Schöffengericht in Sprottau stand vier Tage eine Verhandlung an, in der sich drei Genossen wegen der Flugblattverteilung an einem Sonntag zu verantworten hatten. Der Bürgermeister Hamann aus Prinskenau nahm daran Anstoß und veranlaßte den Strafentwurf. Der Erfolg war ein negativer, das Gericht sprach die Hebelhüter frei.

China.

Die Schlacht in der Takusstraße

wird in einem Peking Telegramm der „Agence Havas“ wie folgt dargestellt: Eine englische Patrouille habe auf einen französischen Soldaten, der im Uebermut auf das Dach eines Caféhäuses geklettert war und über sie herzog, geschossen und ihn verwundet. Die Kameraden des Soldaten und deutsche Soldaten gingen darauf mit dem Bajonett gegen die Engländer vor und warfen sie mit Steinen. Nun gab die englische Patrouille wieder Feuer, wobei drei Franzosen getötet, vier Franzosen und vier Deutsche verwundet wurden. Einer der Getöteten

war zufällig in einem Wagen an dem Orte des Zusammenstoßes vorübergefahren.

So viel Telegramme, so viel Lesarten. Die volle Wahrheit wird anscheinend auch über diese glorreiche Schlacht vorenthalten.

Auch über die

Feuerdrunst in der verbotenen Stadt

wird höchst mysteriös berichtet. So heißt es in einem Telegramm: Die Feuerdrunst im westlichen Teil der von Amerikanern und Japanern bewachten verbotenen Stadt entstand vermutlich (1) durch Blitzschlag während eines gestern Abend über Peking niedergegangenen schweren Gewitters. Trotz starken Regens griff das Feuer um sich und zerstörte viele Gebäude, darunter die Wuhing-Halle, in der sich Archive und die kaiserliche Bibliothek befanden. Unverletzt blieben die große Mittelhalle, die Ahnentempel und die kaiserlichen Privatgemächer. Menschenleben sind anscheinend nicht zu beklagen. Die Abwehrmaßnahmen wurden durch die Notwendigkeit begründet, plünderndes Gesindel fernzuhalten.

Besondere Prüfungen.

Die „North China Daily News“ melden, durch ein kaiserliches Dekret sei die Abhaltung besonderer Prüfungen für die Belegung der Ämter bei der geplanten Regierungsreform angeordnet. Die Kandidaten sollen teils aus der Peking Beamtenschaft gewählt, teils von den Vicekönigen und Provinzregierungen ernannt werden. Auch werde durch kaiserliches Dekret die Abschaffung der jährlichen Tributleistungen an den Hof, mit Ausnahme von Thee und Arzneien, verfügt.

Berlin, 6. Juni. (B. L. B.) General-Feldmarschall Graf Waldersee meldet vom 4. Juni aus Tientsin: Habe nunmehr Funktionen als Oberbefehlshaber eingesetzt und verlasse auf Weg nach Tokio noch heute China. In Tientsin sind strenge Maßregeln getroffen, um Reibungen zwischen den Kontingenten zu vermeiden. Habe nebst zahlreichen deutschen Abordnungen an dem Begräbnis der französischen Soldaten teilgenommen. In Peking brach in der Nacht zum 4. nach schwerem Gewitter, wahrscheinlich infolge Blitzstrahls, Feuer in einem Pamen des westlichen Teils der verbotenen Stadt aus. Ein bedeutender Häuserkomplex ist niedergebrannt, die Haupttempel scheinen indessen erhalten zu sein.

Sociales.

Weber-Gesell. Der Handelskammerbericht für Landeshut z. stellt fest, daß die Firma C. Thomms Erben in sächsischer Dittersbach, Kreis Landeshut in Schlesien, in ihrer mechanischen Weberei männlichen und weiblichen erwachsenen Arbeitern 6—7 M., jugendlichen 4—5 M. pro Woche zahlt.

Ueber das Findelwesen in Italien giebt Ida Oberg in der „Ethischen Kultur“ das Ergebnis einer Regierungsenquete bekannt, der wir folgendes entnehmen:

Die Gesamtzahl der Findelanstalten in Italien betrug am 1. Januar 1898 136, worin auch einige Säle zur vorübergehenden Aufnahme einbezogen sind. Durch Vermittlung dieser Anstalten wurden zu diesem Zeitpunkt 100 418 Kinder verpflegt; im Laufe des Jahres betrug die Zahl der Neuaufgenommenen 24 907, die der Verstorbenen 10 127 und die der durch Erreichung der Altersgrenze aus der Pflege entlassenen 11 377. 19 Provinzen befehlen keine Findelanstalten und verteilen die Findlinge durch Vermittlung der Kommunalverwaltungen in Familienpflege. Die Zahl der auf diese Weise verorgten Kinder betrug am 1. Januar 1897 3279; bei einer jährlichen Aufnahme von 8416 (Jahresdurchschnitt von 1893/96) und einer mittleren Jahressterblichkeit von 4162.

Die Statistik der Aufnahmefrequenz für die durch Vermittlung der Findelanstalten verpflegten Kinder reicht bis zu dem Triennium 1879/81 zurück und zeigt ein Abnehmen des Jahresdurchschnitts der Aufnahmen von 23 004 (1879/81) auf 21 076 (1898/96). Diese Abnahme ist ein Ausdruck des Sinkens der unehelichen Katalität im allgemeinen. Während 1881 auf 1000 unverheiratete oder verwitwete Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren 25 Geburten kamen, ist diese Zahl im Jahre 1897 auf 22 zurückgegangen, und zwar bei beständigem Steigen der ehelichen Geburten, deren auf 1000 verheiratete Frauen 1897 260 kamen, gegen 253 im Jahre 1881.

Die Ausdehnung des Findelwesens in den verschiedenen Landstrichen ist sehr verschieden. Die sich nur über Nord- und Mittelitalien erstreckende neueste Statistik zeigt uns die Gesamtzahl der durch die Findelhäuser versorgten Personen am 1. Januar 1899: wir sehen aus ihr, daß in Umbrien auf je eine Million Einwohner 9640 durch Findelanstalten erhalten wurden, während z. B. die Verhältniszahl für Venedig nur 2431 beträgt, für die Lombardei nur 3235, im Piemont 3813, in Ligurien 4500, in Lazuim 5225 usw. Ueber die relative Häufigkeit der Aufnahmen giebt diese Statistik aber keinerlei Aufschluß, da die Altersgrenze, bis zu der die Findelanstalten Unterstützung gewähren, sehr verschieden ist. Die Zahl der von 1000 Lebendgeborenen im Jahre 1897 angelegten Kinder betrug für ganz Italien 20,2. Unter dem Durchschnitt erhält sich die Zahl in der Lombardei (16,4), im Piemont (17,3), in Venedig (19,7), in Apulien und der Basilicata (19,9), in den Abruzzen und Molisen (20,7) und endlich in Sardinien (25,0); über dem Durchschnitt steht Lazuim (41,2), Calabrien (39,2), Sizilien (38,8), die Marken und Umbrien (32,9), die Emilia (31,8) und Ligurien (29,8), während Toscana und Campanien sich dem Landesmittel nähern.

Die Erhebungen haben dazu geführt, daß sich die Regierung mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beschäftigt, das die Rechtslage einheitlich regeln wird.

Aus der Frauenbewegung.

In Bezug auf die Krankenversicherungspflicht der weiblichen Eisenbahndienstleistungen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß die Beschäftigung bei der Eisenbahn den überwiegenden Teil der Erwerbstätigkeit der weiblichen Bediensteten dann darstellt, wenn diese Personen durch die Beschäftigung bei der Eisenbahnverwaltung nach deren Art und Umfang in der Hauptsache ihren Lebensunterhalt finden.

Ein Bürgermeister gegen weibliche Fortbildungsschulen. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung zu Thorn beriet man die Uebernahme einer staatlichen Fortbildungsschule durch die Stadt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch geäußert, man möge das neu zu errichtende Schulgebäude so groß anlegen, daß darin eine später zu gründende weibliche Fortbildungsschule untergebracht werden könne. Gegen die Errichtung der letzten Anstalt sprach sich aber Herr Erster Bürgermeister Dr. Kersten mit Entschiedenheit aus. Er meinte, einmal liege hier für eine solche Schule kein Bedürfnis vor; ferner würde eine solche auch schädlich wirken. Der Bedarf von dienenden weiblichen Personen lasse sich heute kaum mehr bedenken. Würde nun solchen noch Gelegenheit geboten werden, sich in einer gewerblichen Fortbildungsschule auszubilden, so würde dadurch der Dienstbotenmangel noch viel mehr gesteigert werden.

Also nach Ansicht des Herrn Bürgermeisters müssen die Töchter des Volks in der Dummheit erhalten werden, damit die Herrschenden nicht unter dem Dienstbotenmangel leiden. Eine Ansicht, die in Ostpreußen allerdings begreiflich ist.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Ausschüsse für die Abänderung des Ortsstatuts für die Kanalisation und für das Ortsstatut von 1877 betreffend Bau und Anlage von Straßen sind gewählt und haben sich konstituiert. Mitglieder des ersteren sind u. a. die Stadtw. Pfanzusch und

Bernau; dem zweiten gehört auch Stadtw. Dr. Freudenberg an.

Bei der Wahl eines Stadtsyndikus an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Meubrinck wird Stadtrat Hirsfeld mit 3 Stimmzetteln und 3 Stimmzetteln gewählt; 3 Stimmzetteln sind unbeschrieben.

Der mit der Vorberatung der vom Magistrat für die Erweiterung des städtischen Bibliothekwesens aufgestellten Grundzüge betraute Ausschuss hat diese Grundzüge mit folgender Rahmgebung einstimmig genehmigt:

I. Es wird ein Kuratorium für die Stadtbibliothek und die städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen, bestehend aus fünf Magistratsmitgliedern und zehn Stadtverordneten, eingesetzt. — Die Stadtbibliothek soll baldmöglichst in einem dem Bildungsbedürfnis der weitesten Volksschichten entsprechenden Grade und als Centralstelle für die einzelnen Volksbibliotheken ausgestaltet werden. — Für die Ausgestaltung der Volksbibliotheken und für möglichst baldige weitere Errichtung und Ausgestaltung von Lesehallen soll im Anschluß an die Volksbibliotheken Sorge getragen werden.

Zur Erreichung der nach Vorstehendem zu erstrebenden Zwecke ist eine weite öffentliche Erhebung der Mittel für Bibliothekzwecke erwünschten städtischen Mittel erforderlich.

II. Dem Magistrat verbleibt für seine besonderen Bedürfnisse a) die Handbibliothek sowie b) die mit dem Stadtmuseum verbundene Fachbibliothek. Diese Bestandteile bilden die Magistratsbibliothek.

III. Die städtischen Fachbibliotheken verbleiben bei den betreffenden Verwaltungsteilen.

IV. Die Betriebsmittel zu I und II werden durch den nächsten Etat nachgewiesen und steht die Veranschlagung hierüber sowie bezüglich der Ausführung zu I einer besonderen Vorlage entgegen.

Referent des Ausschusses ist der Stadtw. Cassel.

Stadtw. Dr. Friedemann (R. L.) ist mit den Ausschussbeschlüssen durchaus einverstanden, möchte aber dem Irrtum begegnen, als ob in Berlin für die wissenschaftlichen Zwecke aus dem Gebiete des Bibliothekwesens genügend gesorgt sei. Das Kuratorium werde daher die Grenze zwischen wissenschaftlichen und allgemeinen Bildungszwecken dienenden Büchern nicht allzu eng ziehen dürfen.

Nach einer kurzen Erklärung des Ausschussvorschlages durch den Stadtw. Dr. Nathan (R. L.) nimmt die Versammlung die vier Vor schläge en bloc an.

Die Stadtw. Jacobi u. Gen. beantragen: Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung die Reisekosten derjenigen Beamten und Lehrer, welche städtischer Unterstützung die Weltausstellung in Paris besucht haben, zur Kenntnisnahme zugehen zu lassen.

Stadtw. Jacobi (R. L.) weist darauf hin, daß früheren Beschlüssen der Versammlung entgegen die Vorlegung der betreffenden Berichte der 85 nach Paris entsandten Beamten noch nicht erfolgt ist, obwohl dies schon im Januar hätte der Fall sein können. Eine verspätete Vorlegung möchte dem Zwecke, den man damit verfolgen, nicht entsprechen.

Stadtrat Ramslau: Es liegen noch nicht sämtliche Berichte vor; die Berichte sind auch nicht gleichwertig. Ob alles gedruckt werden kann, darüber sind wir noch nicht schlüssig geworden; der Kostenpunkt kommt dabei auch in Betracht. Nach den Ferien wird die Versammlung in den Besitz der Berichte gelangen.

Stadtw. Jacobi: Ich verlange gar nicht die Drucklegung, aber wir hatten auf die Kenntnisnahme schon nach 4 Monaten Anspruch, und es sind bereits 9 Monate verstrichen. Ich bitte, um unserer Forderung Nachdruck zu geben, um Annahme meines Antrags.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrag Jacobi, der Vorentwurf zur Errichtung zweier Infektionsbaracken auf dem Grundstücken der Anstalt Wuhlgarten wird genehmigt.

Den Ankauf des Grundstücks Laufigerstr. 28—30 zu dem vom Magistrat vorgeschlagenen Preise von 230 000 Mark beantragt Stadtw. Jden (R. L.) als zu teuer und beantragt Ausschussberatung. Stadtrat Ramslau erklärt nochmalige Verhandlungen für aussichtslos; Stadtw. Haberland (R. L.) will die Vorlage einfach ablehnen. Die Ausschussberatung wird beschlossen.

Der Stadtverordnete Dr. Friedemann hat mit der Reuen Linen am 22. Mai den Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die ihm zur Genehmigung oder Keufherung zugehenden Entwürfe von Polizeiverordnungen für Berlin vor erfolgter Genehmigung oder Keufherung der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Antragsteller fährt aus, daß die Verhandlung von vor vierzehn Tagen die Bedeutsamkeit seines Antrags gründlich bewiesen habe. Derartige Polizeiverordnungen griffen oft tiefer in die Verhältnisse der Bürgerschaft hinein, als das bei Staatsgesetzen der Fall sei. Das geltende Polizeiverordnungsrecht sei ein Ausfluß der Reaktions-Gesetzgebung von 1850. In dieser Beziehung sei Preußen allen anderen deutschen Ländern gegenüber durchaus im Rückstande. In Sachsen, Hessen, Südbaden würden die Gemeindebehörden nicht bloß gehört, sondern hätten meistens ihre Zustimmung zu geben. Bei uns seien die Ansichten auf eine Keufherung in diesem Sinne sehr trübe, aber der gute Wille des Magistrats könne auch bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung viel thun.

In die Rechte des Magistrats solle nicht eingegriffen werden, und der Magistrat dürfe auch keine Nachfrage in diesem Antrage sehen. Ein ähnlicher Antrag sei schon 1880 gestellt und von der Versammlung angenommen worden. Der Magistrat habe damals in Aussicht gestellt, auch die Meinung der Versammlung bei solchen Verordnungen zu hören; die Sache scheine aber inzwischen in Vergessenheit geraten zu sein. Jedenfalls sollte der Magistrat von seinem Rechte der Kenntnisgabe in weit ausgedehnterem Maße als bisher Gebrauch machen.

Oberbürgermeister Hirschner: Ich habe schon vor vierzehn Tagen das Nötige erklärt. Ein Rechtsanspruch besteht nicht, das Gesetz hat aber auch nichts dagegen, wenn die Versammlung gehört wird. Es soll das auch geschehen in denjenigen Fällen, welche der Magistrat für geeignet hält; die Beschlußfassung darüber im einzelnen muß er sich vorbehalten. Es kommen polizeiliche Verordnungen vor, deren Inhalt wirklich eine Kenntnisgabe überflüssig macht, andre sind wichtiger oder haben allgemeine Bedeutung. Schließlich wird der Magistrat sich doch stets seiner Verantwortlichkeit bei der Entscheidung dieser Frage bewußt sein.

Ohne weitere Diskussion wird darauf der Antrag angenommen.

Um die Errichtung eines Amtsgerichtsgebäudes Berlin-Wedding (anlässlich der durch Gesetz vom 16. September 1899 angeordneten neuen Gerichtsorganisation für Berlin und Umgegend) auf Berliner Gebiet zu erlangen, hat der Magistrat dem Justizfiskus einen Bauplan für das Gebäude und zwar einen Teil des Brunnenplatzes von ca. 3470 Quadratmeter kostenlos angeboten und eine weitere Fläche von ca. 1300 Quadratmeter für einen eventuellen späteren Erweiterungsbau ebenfalls unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Brunnenplatz soll später in eine Parkanlage umgestaltet werden. Die Zustimmung der Versammlung zu dieser Ueberzeugung und zu dem hierüber mit dem Justizfiskus abgeschlossenen vorläufigen Vertrage wird nachgefragt.

Stadtw. Hinge (Soz.): Wir befinden uns diesem Vorlage gegenüber in einer Zwangslage; wir müssen nolens volens dem Verlangen des Fiskus nachkommen, wenn das Amtsgericht nicht außerhalb der Grenzen Berlins erbaut werden soll. Reimken-dorf hat sich ebenfalls zur Herabgabe eines Platzes erbaten und ein Konsortium will dort sogar noch Vermittel für den Bau zur Verfügung stellen. Erreulich ist besonders, daß der Brunnenplatz mit Parkanlagen versehen werden soll. Ich bitte besonders aus diesem Grunde der Vorlage möglichst bald die Zustimmung zu geben.

Stadtw. Hinge (Soz.): Wir befinden uns diesem Vorlage gegenüber in einer Zwangslage; wir müssen nolens volens dem Verlangen des Fiskus nachkommen, wenn das Amtsgericht nicht außerhalb der Grenzen Berlins erbaut werden soll. Reimken-dorf hat sich ebenfalls zur Herabgabe eines Platzes erbaten und ein Konsortium will dort sogar noch Vermittel für den Bau zur Verfügung stellen. Erreulich ist besonders, daß der Brunnenplatz mit Parkanlagen versehen werden soll. Ich bitte besonders aus diesem Grunde der Vorlage möglichst bald die Zustimmung zu geben.

Stadtw. Hinge (Soz.): Wir befinden uns diesem Vorlage gegenüber in einer Zwangslage; wir müssen nolens volens dem Verlangen des Fiskus nachkommen, wenn das Amtsgericht nicht außerhalb der Grenzen Berlins erbaut werden soll. Reimken-dorf hat sich ebenfalls zur Herabgabe eines Platzes erbaten und ein Konsortium will dort sogar noch Vermittel für den Bau zur Verfügung stellen. Erreulich ist besonders, daß der Brunnenplatz mit Parkanlagen versehen werden soll. Ich bitte besonders aus diesem Grunde der Vorlage möglichst bald die Zustimmung zu geben.

Stadtw. Hinge (Soz.): Wir befinden uns diesem Vorlage gegenüber in einer Zwangslage; wir müssen nolens volens dem Verlangen des Fiskus nachkommen, wenn das Amtsgericht nicht außerhalb der Grenzen Berlins erbaut werden soll. Reimken-dorf hat sich ebenfalls zur Herabgabe eines Platzes erbaten und ein Konsortium will dort sogar noch Vermittel für den Bau zur Verfügung stellen. Erreulich ist besonders, daß der Brunnenplatz mit Parkanlagen versehen werden soll. Ich bitte besonders aus diesem Grunde der Vorlage möglichst bald die Zustimmung zu geben.

Stadtw. Hinge (Soz.): Wir befinden uns diesem Vorlage gegenüber in einer Zwangslage; wir müssen nolens volens dem Verlangen des Fiskus nachkommen, wenn das Amtsgericht nicht außerhalb der Grenzen Berlins erbaut werden soll. Reimken-dorf hat sich ebenfalls zur Herabgabe eines Platzes erbaten und ein Konsortium will dort sogar noch Vermittel für den Bau zur Verfügung stellen. Erreulich ist besonders, daß der Brunnenplatz mit Parkanlagen versehen werden soll. Ich bitte besonders aus diesem Grunde der Vorlage möglichst bald die Zustimmung zu geben.

Eine Geschichte aus hohen Regionen.

Der Roman einer Hofdame hat zu einer Zivilklage geführt, die gestern unter dem Anrathen Anna Miloski kontra Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein die 13. Zivilkammer des Landgerichts I beschäftigte. Den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Hermershausen. Die Klägerin, eine ehemalige Hofdame der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, war durch Rechtsanwalt Dr. Lubzjanski, der Beklagte durch Rechtsanwalt Graf v. Bredow vertreten. Die vom Rechtsanwalt Lubzjanski vorgelegene Vorgeschichte des Prozesses klingt fast wie ein Roman, dürfte aber, wenn die Angaben der Klägerin auf Wahrheit beruhen, zweifellos ernste diplomatische Maßnahmen im Gefolge haben und weitere Kreise des „hohen Adels“ in Mitleidenschaft ziehen. Nach den Behauptungen des klägerischen Vertreters war Hl. M., wie man in Hofkreisen allgemein wußte, seit Jahren die engste Vertraute der verstorbenen Prinzessin Amalie, der Tante der Kaiserin. Sie soll die Stellung einer Kammerdame und Reisebegleiterin inne gehabt und nicht bloß — wie von der Gegenpartei behauptet wird — eine untergeordnete Stellung bekleidet haben. Rechtsanwalt Dr. Lubzjanski behauptet sich vor, aus Briefen und Photographien, auf denen beide Damen gemeinschaftlich abgebildet seien, zu beweisen, daß die Stellung des Fräulein M. eine durchaus angesehenen und sie die Vertraute der Prinzessin gewesen sei. Die Klägerin, die über 80 000 M. eigene Gelder verfügte, habe diese Summe im vollen Vertrauen der Prinzessin, der nur eine dürftige Ration von etwa 12 000 M. zustand, anvertraut und als sie die Prinzessin auf ihren Reisen nach Algier und Kairo begleitete, seien aus dieser Summe teilweise die gemeinschaftlichen Reisekosten mit bestritten worden. Auf Malta sei ein neuer Kammerherr, Hr. Walker, zu der Prinzessin getreten, der, wie die Klägerin behauptet, die alte Dame, wohl aus Unkenntnis über deren beschränkte Mittel, zu großen Ausgaben verleite. Hl. M., welche befürchtete, daß unter diesen Umständen der schon recht zusammenschmelzende Rest ihres Geldes gefährdet sein könnte, habe sich von der Prinzessin von ihrem Gelde 20 000 M. zurückgeben lassen und diese Summe in einer Ledertasche in ihrem Koffer bewahrt. Nun ereignete sich ein merkwürdiger Vorfall. Die Verwandten der Prinzessin glaubten wohl, daß es die Klägerin sei, welche die großen Ausgaben veranlasse, und Herzog Ernst Günther, der Kasse der Prinzessin, drängte darauf, daß Hl. M. auf alle Fälle aus deren Umgehung entfernt werde. Dies scheiterte jedoch an dem festen Widerstand der Prinzessin selbst. Endlich gelang es im Februar d. J., als die Prinzessin sich mit ihrer Gesellschafterin in Kairo aufhielt. Nach der Schilderung der Klage ist Hl. M. eines Tages, als sie sich auf einem Wege in die Stadt befand, plötzlich von zwei unbekannten Männern — ägyptischen Polizisten — gefaßt, zwangsweise in einen Wagen gebracht und nach einem französischen Polizeibureau überführt worden. Dort sei dann ein Herr v. Blumenthal — den der Anwalt als jetzigen Militärgouverneur beim Prinzen Joachim in Potsdam bezeichnete — als Abgeordneter des Herzogs Ernst Günther in Gemeinschaft mit dem dortigen deutschen Konsul erschienen und hätten Hl. M. erklärt, daß sie auf keinen Fall mehr mit der Prinzessin zusammenkommen dürfe, sondern sofort die Stadt zu verlassen habe. Sie war darüber sehr entsetzt und verlangte, daß sie, wenn ihr etwas vorgeworfen werde, der Prinzessin gegenübergestellt werden möge. Man hielt sie trotz ihrer Proteste in Gewahrsam und nahm inzwischen eine Durchsuchung der von ihr bewohnten Villa vor, wobei auch die Tasche mit den 20 000 M. gefunden wurde. Diese Tasche sowie die sonstigen Sachen des Hl. M. wurden zurückgehalten und sie selbst zwangsweise nach Port Said gebracht, dort wieder verhafteten Thüren bewacht gehalten und von dort auf das Schiff nach Kopenhagen. In Kopenhagen angekommen, hatte sie die erste Gelegenheit, sich mit ihren Verwandten telegraphisch in Verbindung zu setzen, welche sie nach Berlin brachten. Hier soll sie infolge der Aufregung längere Zeit schwer krank danieder gelegen haben. Nach während ihrer Krankheit erschien der Rechtsanwalt Graf v. Bredow als Beauftragter des Herzogs bei ihr, um sie zu notariellen Protokollen zu verpflichten und ihre Ansprüche zu erfahren. Bis hierher hat aber die Klägerin weder irgend eine Gegenüberstellung, noch auf irgend eine Auskunft über ihr Eigentum erhalten. Die Rechtsanwältin Dr. Lubzjanski gestern mitteilte, hat er bereits beim zuständigen Amt Schritte wegen der beteiligten Beamten getan, während es sich vor Gericht um die zivilrechtlichen Ansprüche der Klägerin handelte. Die letztere beantragt: Den Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein zu verurteilen, ihr den Betrag von 16 000 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom 9. Februar 1901 an zu zahlen. Die Klägerin erhebe zweierlei Ansprüche, sie verlange Schadenersatz auf Grund des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches und erhebe Verfallklage auf Grund des § 861 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Rechtsanwalt Dr. Lubzjanski erklärte sich auf

Erfordern bereit, den Beweis zu führen, daß die Klägerin im Besitz der 80 000 M. gewesen sei und ganze Stöße von Quittungen vorzulegen, die beweisen würden, daß die Klägerin zahlreiche Ausgaben für die Prinzessin gemacht habe. — Für den Beklagten bestritt Rechtsanwalt Graf v. Bredow das Vorhandensein der Positivlegitimation. Herr v. Blumenthal sei allerdings in Kairo gewesen, er habe aber weder den Auftrag zu seinem Vorgehen von dem Herzog Ernst Günther gehabt, noch habe Herr v. Blumenthal die Tasche genommen. Vielmehr habe sie der Kammerherr der Prinzessin, Hr. Walker, an sich genommen, von diesem sei sie Herrn v. Blumenthal und von letzterem einem Herrn v. Mohl gegeben worden. v. Blumenthal sei nach Kairo geschickt worden, um aufzuklären, wie das Verhältnis der Klägerin zu der Prinzessin eigentlich sei. Von hoher autoritativer Seite seien an den Herzog und an die hohen Anverwandten ganze Stöße von Briefen gelangt, des Inhalts, daß die Klägerin die 75-jährige Prinzessin völlig tyrannisiere und so thue, als ob sie eigentlich die Prinzessin wäre. Das herrliche Wesen der Klägerin sei schon längst unbenutzbar aufgefallen gewesen; diese sei, nebenbei bemerkt, gar keine Hofdame, sondern eine einfache Kammerfrau gewesen. Zugegeben müsse werden, daß die Klägerin von der ägyptischen Polizei auf der Straße angehalten worden sei und zwar auf Anregung des Herrn v. Blumenthal, der es für wünschenswert gehalten, die Prinzessin von der Klägerin zu befreien. Diese habe als Kammerfrau, wie das üblich sei, Rechnungen für die Prinzessin bezahlt und Garderobestücke derselben in ihrem Koffer bewahrt. Nun sei Hr. Walker, der leinewegs Kammerherr sei, in Abwesenheit des Herrn v. Blumenthal in das Zimmer der Klägerin gegangen, habe dort in dem Koffer derselben die Tasche mit den 20 000 M., sowie die Schlüssel zu einem Koffer, in welchem die Prinzessin ihre Wertgegenstände bewahrt, vorgefunden und die Tasche Herrn v. Blumenthal übergeben, der sie an Herrn v. Mohl weiter gegeben habe. Es werde bestritten, daß die Klägerin jemals 80 000 M. besessen und sich von der Prinzessin die von ihr behauptete Summe der Sicherheit wegen habe zurückgeben lassen. Der Herzog Ernst Günther habe keinerlei Auftrag erteilt, die Tasche mit Geld wegzunehmen, er habe das Geld niemals in Besitz genommen und keinerlei Vorteil davon gehabt. Auf die Frage des Vorsitzenden, was denn aus dem Gelde geworden sei, erfolgte die Antwort, daß es jedenfalls aufgebraucht sei; zunächst seien, wie vorher, fällige Rechnungen damit bezahlt worden, durch die Krankheit der Prinzessin, den Tod, die Ueberführung der Leiche, die Begräbniskosten u. sei wohl der Letzte Rest aufgebraucht worden. Uebrigens sei der deutsche Konsul bei dem ganzen Vorkommnis unangegangen worden, eine Behauptung, die Rechtsanwalt Dr. Lubzjanski bestritt. Derselbe behauptete noch: Kurz nachdem Rechtsanwalt Graf Bredow die Klägerin zu notariellen Protokollen verpflichten, sei Herzog Ernst Günther nach Kairo zu seiner schwer kranken Tante gereist. Er schiedbe nach Herzog einen Eid darüber zu, daß die Prinzessin Amalie ihm damals mitgeteilt, daß die Klägerin 80 000 M. besessen, die sie ihr zur Verfügung gestellt und von denen sie auf ihren Wunsch eine Summe von 20 000 M. zurückgehalten habe, so daß die vorgefundenen 20 000 M. aus dieser Summe stammten. — Das Gericht beschloß, Beweisaufnahme und zwar zunächst Herr v. Blumenthal, der außerhalb wohnt, durch das zuständige Gericht über den Sachverhalt vernommen werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Auf die Zuschrift des Redaktions der Volkswarte, Herrn Wolff, sendet uns der Vertrauensmann des 2. Wahlkreises, Genosse Paul Scholz folgende Erwiderung: Am 1. Mai nahmen einige Parteigenossen, darunter auch ich, mit Herrn Wolff Rücksprache, um zu Ende August oder Anfang September einen Sonntag zu überlassen, da in diesem Jahre das Militär früher als sonst ins Manöver rücken soll. Herr Wolff sagte zu und versprach, mich über den festzusetzenden Tag noch näher zu benachrichtigen. Nach mehrmaliger Anfrage erhielt von Herrn Wolff eine Karte, worin er mitteilte, daß er einen Besuch wünsche, um mit mir über die Angelegenheit zu sprechen. Als ich am 30. Mai Herrn Wolff antraf, bot er mir den 8. September für das von uns in Aussicht genommene Fest unter der Bedingung an, daß das Eintrittsgeld an diesem Sonntag in Rücksicht auf seine ständigen Sonntagsgäste nicht erhöht werde und man ferner von einer besonderen Dekorierung des Saals absehe. Herr Wolff wußte, daß ich das Fest nicht für meine Person, sondern für den zweiten Wahlkreis zu arrangieren hatte, und ich sagte ihm, daß ich erst am Montag, den 3. Juni, bestimmen abschließen könne, da ich unter den gestellten Bedingungen mich allein nicht zu dieser Handlung berechnigt halte. Herr Wolff erklärte sich hiermit einverstanden, nachdem ich wohl drei- oder viermal auf diesen Umstand hingewiesen hatte. Am Sonntag, den 2. Juni, teilte ich Herrn Wolff mit, daß wir das Fest definitiv abhalten wollten; hierauf erklärte er jedoch, daß er den Sonntag be-

reits einem bürgerlichen Vereine übergeben habe und daß daran nichts mehr zu ändern sei. Mittwochabend jedoch, als sich die Entgegung des Herrn Wolff schon in der Debatte befand, erhielt ich eine Karte des Herrn, worin er mir mitteilte, daß ich den 8. September haben könne, wenn ich darauf reflektiere. Ich überlasse es den Parteigenossen zu beurteilen, welches der wahre Sachverhalt ist, die Darstellung des Herrn W. oder meine Mitteilungen. Der Vertrauensmann des zweiten Wahlkreises: Paul Scholz.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung hat nicht viel Bemerkenswertes. Der Ausschuss, der vor einigen Wochen zur Vorbereitung der die Um- und Ausgestaltung des städtischen Bibliothekwesens betreffenden Magistratsvorlage eingesetzt worden war, unterbreitete der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen, die nach kurzer Debatte angenommen wurden. Hauptächlich wird die Schaffung einer großen Stadtbibliothek und die Vervollständigung des Volksbibliothekwesens empfohlen. Der Magistrat hat bereits im Ausschuss sein grundsätzliches Einverständnis mit den Vorschlägen erklärt. Es muß abgewartet werden, wie weit sie später im einzelnen wirklich zur Ausführung kommen werden. Die Vereinstätigkeit des Magistrats, an eine Reform des städtischen Bibliothekwesens heranzugehen, ist sicherlich nicht übergrößer. Er hat sich lange genug nötigen lassen, bis er sich auch nur entschloß, der Versammlung erst mal ein allgemeines Programm vorzulegen. — Zu dem Friedemannschen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die ihm zur Hebung oder Genehmigung zugehenden Entwürfe von Polizeiverordnungen künftig zunächst der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen, machte der Oberbürgermeister ein paar kühle Bemerkungen, die nicht sehr verheißungsvoll klangen. Die Versammlung nahm den Antrag ohne weitere Debatte an. — Die unentgeltliche Vergabe eines Bauplatzes für das Amtsgerichtsgelände auf dem Wedding wurde im Sinne der Magistratsvorlage beschlossen. Es ist dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung leider nichts andres übrig geblieben, als dem Fiskus dieses Geschenk zu machen. Der Fiskus hätte andernfalls den ihm in Reinickendorf angebotenen Bauplatz angenommen und das Amtsgericht für Berlin N. hier hinaus verlegt. Es wird den Reinickendorfer Bauplatzhaltern recht schmerzhaft sein, daß ihre Wünsche durchkreuzt worden sind.

Wer bezahlt die Feuerwehrgesellschaft? In unserer gestrigen Ausführungen über die Feuerwehrgesellschaft ist nachzutragen, daß nach einer inzwischen der „Volkswarte“ zugegangenen Mitteilung die Kosten dieser Feste nur so weit aus den Beiträgen der Mannschaften gedeckt werden sollen, als die von den städtischen Behörden bewilligten 5000 Mark nicht dazu ausreichen. — Unseres Erachtens wäre es hier das einzig Richtige, den Mannschaften ihre Beiträge voll zurückzugeben. Reicht die 5000 Mark-Spende nicht aus, so möge man sie nachträglich entsprechend erhöhen. Als im vorigen Jahre die für den Empfang des Kaisers von Oesterreich geforderten 50 000 Mark von sämtlichen bürgerlichen Kreislagen der Stadtverordneten-Versammlung, von Spinola und Rommel bis zu Kreiling und Ullstein, einmütig bewilligt worden waren, da verbrauchte der Magistrat dreißig 700 M., also fast die doppelte Summe, und die höchst gestimmte Stadtverordneten-Mehrheit genehmigte hinterher auch diese Uebererschreitung, ohne mit der Wimper zu zucken. Soll nur den Feuerwehr-Mannschaften gegenüber gestraunt werden? Es ist doch wirklich ein starkes Stück, daß die Mannschaften aus ihrer eignen Tasche zu den Kosten eines „Festes“ beisteuern sollen, das ihnen aufgedrängt worden ist und an dem die meisten nur sehr widerwillig teilgenommen haben!

Der Zuzug von Dienstmädchen nach Berlin hatte seit einiger Zeit auffallend nachgelassen. In den Jahren 1897, 1898, 1899 waren 46 845, 45 320, 43 964 Dienstmädchen als nach Berlin zugezogen polizeilich gemeldet worden, so daß sich im Laufe von nur zwei Jahren ein Rückgang der Dienstmädchen-Zugänge um ziemlich 3000 ergeben hatte. Im Jahre 1900 ist nun wieder eine Zunahme eingetreten; es wurden in diesem Jahre 45 986 Dienstmädchen als nach Berlin zugezogen gemeldet. Zugunommen hat aber im letzten Jahre freilich auch der Zuzug von Dienstmädchen und zwar in noch stärkerem Grade als der Zuzug. 1897, 1898, 1899 waren 85 017, 83 625, 84 687 Dienstmädchen als von Berlin fortgezogen gemeldet worden, 1900 dagegen stieg die Zahl der Meldungen auf 88 250. Der Ueberfluß der Zugänge über die Fortzüge betrug in den letzten vier Jahren nach den Meldungen 11 828, 11 695, 9277, 7016, so daß sich hier für 1900 immer noch ein Rückgang ergibt. Da namentlich die Fortzüge-Meldungen unvollständig einzugehen pflegen, so dürfte der Ueberfluß in den einzelnen Jahren thatsächlich mehr oder weniger hinter diesen Zahlen zurückgeblieben sein. Die Höhe des Ueberflusses erreicht selbst für 1900 noch recht be-

Was man in einer Berliner Gemeindegemeinschaft erleben kann.

davon giebt eine Zuschrift, die wir (unter dem Titel „Gedanken einer Mutter über Schulfragen“) erhalten, eine anschauliche Schilderung. Nicht alles, aber doch das meiste von dem, was darin erzählt wird, ist typisch für die Berliner Gemeindegemeinschaft. Die Zuschrift lautet: Zu Anfang dieses Semesters hatte ich die schmerzliche Aufgabe, meine letzte kleine Tochter in die Schule zu bringen. Ich war mit einer ganzen Menge von Müttern um 1/8 zur Stelle, sah mich aber wie sie alle einer großen Verlegenheit gegenüber. Die übrigen Klassen hatten um 7 Uhr angefangen, man hörte von allen Enden durch die geschlossenen Thüren hindurch die Lehrer unterrichten, die Kinder rechnen, singen, im Chor sprechen; wir aber saßen einander ratlos an. Wohin sollten wir mit unseren kleinen Lieblingen? Kein Zeichen verriet uns, welche der vielen Klassen für die Aufnahme der jüngsten bestimmt sei, kein Schulführer, kein Lehrer vor da, uns Bescheid zu sagen, das Amtszimmer des Direktors war verschlossen, und an jeder Klassenthür hing drohend wie ein modernisiertes Kreuzfahrtschiff ein Wappenstein, die mit dünnen Worten besetzt: Der Eintritt in das Klassenzimmer ist jedem Unberufenen streng untersagt. Der Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin. Wer von uns hörte es auch gewagt, an eine der Thüren anzuklopfen und durch eine Bitte um Auskunft die empfindlich dozierenden, hier und da auch hübsch lächelnden Lehrer und Lehrerinnen in ihrer Tätigkeit zu stören, obschon manche, namentlich mehrere Väter arg presiert waren, da sie die Kleinen auf ihrem Wege ins Geschäft einzuschleusen abgenommen hatten. Ein größeres Mädchen, das die Treppe herunter kam, um auszutreten, befreite uns aus unserer Verlegenheit. „Wohin kommen die neu eingeschulerten Kinder?“ fragten wir sie begierig. „Dahin,“ wie sie uns zurecht, und erleichtert klopften wir an die uns bezeichnete Thür. Keine Antwort, kein Lebenszeichen. Einer der Herren wurde ungeduldig und machte die Thür auf. Da sahen und warteten bereits eine ganze Anzahl kleiner Kinder, von denen manche schon um 7 Uhr von den Geschwistern mitgebracht worden waren, und verschiedene Mütter, die von früheren Einschulungen her Bescheid wußten, kauden plaudernd in den Seitengängen oder sprachen den ängstlichen Kleinen Mut zu; alles wartete mit Ungeduld auf das Erscheinen des Fräuleins, dem die kleine Schar übergeben werden sollte. Das Fräulein aber kam nicht. Einige der Väter konnten so lange nicht warten, um nicht auf ihrer Poststelle zu spät einzutreffen, und daten diese oder jene Mutter, ihr Kind nebst dem dazu gehörigen Schulzeugungschein bei ihrem endlichen Eintreffen der Lehrerin zu übergeben, worauf sie selbst davon-

fürmten. Wir übrigen hatten vollauf Zeit, uns die Einrichtung eines solchen Klassenzimmers in Ruhe anzusehen. Mir fiel darin zuerst unangenehm auf, daß die Bänke, die jetzt den unbegrenzten Spielplatz der ins Joch gespannten Kleinen bilden sollten, Eise für je vier Kinder enthielten. Was für eine Erschütterung des Unterrichts, wußte ich denken. Ich hatte die ersten acht Jahre meiner Ehe in einer kleinen Provinzialstadt verbracht und hatte dort mein erstes Kind eingeschult. Von den Bänken aber, die in jener Schule standen, hätte das reiche, stolze Berlin sich das Modell können geben lassen. Sie waren zweifelhafte, so daß jedes Kind einen Schlag hatte und der Lehrer nur immer durch die Gänge zu schreiten brauchte, um die schriftlichen Arbeiten der Kinder zu verfolgen und sogleich zu berathigen. Ein Lehrer, der diese vierzig Bänke übersehen kann, muß schon sehr gute Augen haben; muß er sich aber erst die Hefle hinüberreichen lassen — welche Störung und welch ein Zeitverlust! Dann aber auch, welche Verwirrung zum Klappern, nach allen Seiten bieten diese langen Bänke! Welch eine Aufgabe für die Lehrerin, diese noch so sehr an ein unmittelbares Ausprechen all ihrer Gedanken gewöhnten kleinen W-C-Schüler in Lust und Ordnung zu halten! Und wenn nun das Unglück will, daß einer von den Vorkommnissen nicht lauter ist und Angezieser hat, was ja doch auch vorkommt, dann befinden sich gleich alle drei Ruchbar in der Gefahr, etwas abzugeben. Mit der Sauberkeit in solch einem Klassenzimmer ist's ja doch auch nicht ideal bestellt. Ich habe mir sagen lassen, daß man es für ausreichend hält, wöchentlich dreimal darin reinzumachen. Nun, ich möchte die Wohnstube sehen, in der drei oder vier Kinder ihr Weien treiben, und die nur einen Tag um den anderen geputzt und gewischt würde. Und solch eine Klasse beherbergt fünfzig bis sechzig Kinder. Ich habe einmal mit eignen Augen ein Butterbrot gesehen, das meiner älteren Tochter zu Boden gefallen war. Sie hatte es auf Geheiß der Lehrerin aufgenommen und in den Festschüssel gesteckt, von wo es in meine Hände kam. Es war von den unruhigen Kindern gefahren zur Hälfte unter die angelegte Seitenwand der Bank geschoben worden und als ich es untertrieb, entdeckte ich darauf einige Wollen zusammengeworfelter Staudfäden, wie sie sich in schlechtereigenen Stuben unter den Schränken sammeln. Stednadeln, zerbrochene und verrostete Stahlfedern, kleine Papiersegen, Menschenhaare, einen Hemdenknopf, einen abgedruckten Fingerringel, einen Messerspitzen — es ist schrecklich, schon bloß er niederzuschreiben — eine halbverrottete Wangenleiche. Mir verging beim Anblick dieses fürchterlichen Stufenbelages dermaßen der Appetit, daß ich acht Tage um und um keinen Bissen zum Munde führen konnte.

In der Erinnerung daran, die bei Betrachtung dieser veralteten Schulbänke in mir aufstieg, rüttelte ich an den Bänken, um zu prüfen, ob sie sich etwa nicht verschieben ließen, so daß die Kleinen nach dem Weien und Wischlappen gar nicht in die Geden und Winkel gelangen könnte. Meine Abnung bestätigte sich: die Bänke waren unbeweglich. Am bin ich zwar kein Gelehrter und habe die moderne Schul-Gesundheitspflege nicht studiert; so viel aber sagt mir mein schlüssiger Verstand, daß dies doch ein schreckliches Mißstand ist. Was für eine Brutstätte von gesundheitsschädlichen Bacillen mögen diese unantastbaren, zwei Finger breiten Pöhlungen unter den Bankenden abgeben! Sollte da nicht der Schlüssel für die so häufig auftretenden Massenkrankheiten der Schulkinder an Masern, Windpocken, Scharlachfieber, Keuchhusten und Diphtheritis zu suchen sein, die so manche blühende junge Menschenlinie zu langen Siedtümern verdammt oder gar in ein frühes Grab geführt haben? Und dabei sagte mir mein Mann, mit dem ich die Sache nachher besprach, daß er in der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 eine Saubank gesehen habe, die sich mit Leichtigkeit umklappen ließ und eine gründliche Reinigung der Fußböden ermöglichte, dabei aber auch zweifelhafte war. Wie ist es denn möglich, daß eine Stadt wie Berlin sich mit derartig zurückgebliebenen Schulbänken behilft, wenn doch zweckentsprechendere vorhanden sind? Sollen denn die neu angelegten Schulräume sich nicht der Sache annehmen, die doch entschieden in ihr Gebiet fällt? — Ich hatte Zeit genug, diese eingehenden Unterstellungen zu machen, denn das so schmerzlich erwartete Fräulein trat glücklich, stark außer Atem, um 8 Uhr mit dem Häuten der Schulglocke ins Klassenzimmer. Sollte man von seiten der Schule nicht doch etwas mehr Rücksicht nehmen auf die vielen Eltern, die doch auch mit Pflichten aber Art zu rechnen haben, und ihnen die einzuschulenden Kleinen ohne lauges Warten abnehmen? Allerwunders sollte der Schuldner den Auftrag erhalten, die mit den Schulinrichtungen noch nicht vertrauten Eltern zurechtzuweisen, daß sie nicht so rat- und hilflos in dem weitläufigen, viel gegliederten Schulgebäude umherirren, wo für den Umeingeweihten eine Thür ansieht wie die andre. Meines Erachtens wäre solch ein Mann auch sehr wohl im Stande, denjenigen Eltern, die keine Zeit haben zu warten, die Kinder mit ihren Schulzeugungscheinen abzunehmen, denn in vielen gewerblichen Betrieben muß der Zutrittsnehmende Strafen zahlen, und wo das nicht der Fall ist, wird er doch von seinem Chef mit einem langen Gesicht und unfreundlichen Worten empfangen. Eine Mutter aber, die vielleicht zu Hause noch kleinere Kinder hat ohne Aufsicht zurücklassen müssen, steht doch wie auf Kohlen, wenn

deutend, aber da in Berlin Jahr für Jahr eine große Zahl Mädchen durch Berufswahl, Heirat usw. aus der Klasse der Dienstmädchen ausscheiden, so ist hier stets eine rege Nachfrage nach neu zuziehenden Mädchen.

Der internationale Feuerwehrr-Kongress ist gestern im Reichstagsgebäude eröffnet worden. Es war eine bunte und äußerlich überaus glanzvolle Gesellschaft, die sich dort zusammengefunden hatte. Das Präsidium und die Mitglieder des Conseil international saßen auf den Sesseln des Bundesrats; die andern Delegierten hatten die Plätze des Hauses inne, und auf den Ecken unserer Partei-genossen hatten sich forsche, buntgeschmiedete Männer eingefunden, von denen anzunehmen war, daß sie dem verheerenden Element mit derselben Furchtlosigkeit entgegenzutreten würden, wie die Vertreter des arbeitenden Volks den nicht minder gefährlichen Mächten der Reaktion und der Volkssandung. Von einer eigentlichen Hochtätigkeit war in den ersten Stunden des Kongresses nicht viel die Rede. Minister v. Rheinbaben hielt eine Begrüßungsrede, die selbstverständlich mit einem Hoch auf den Kaiser endete und Minister v. Hammerstein ließ die diversen Regierungen leben, die auf dem Kongress vertreten waren. Dann kamen die Vertreter der ausländischen Regierungen zum Wort, unter denen sich der Ehrenpräsident der Feuerwehrr-Vereinigungen Frankreichs, Herr Sunnet sowohl durch eine Rede in deutscher Sprache, als auch durch Verteilung mannigfacher Diplome und Medaillen beliebt machte. Zum Schluß der Begrüßungen wurde im Namen der 1500 Teilnehmer ein Huldigungstelegramm an den Kaiser abgefaßt. Der Kongress trat nunmehr in die technische Tagesordnung ein. Landes-Feuerlösch-Inspektor Kleber-Stuttgart sprach über das Verhältnis der Feuerwehrr zur Vau-polizei und beantwortete für die Feuerwehrr das Recht der Mitwirkung in baulich-technischen Fragen. In einer Erklärung wurde diese Forderung festgelegt. Kommandant Capier-Creil erstattete Bericht über den Motorwagen in Dienste der Feuerwehrr und empfahl als augenblicklich bereite Hilfe die elektrisch betriebene Pumpe, in zweiter Linie den mit Pferden bespannten Wagen und erst als Verstärkungsmittel die automobilen Dampfwehrrspritze. Architekt E. Sachs berichtete über das britische Feuerwehrrkomitee und dessen Prüfungen feuerfester Materialien. Er besprach, daß die Behörden die Untersuchungen feuerfester Materialien nach Kräften unterstützen möchten. Als letzter sprach Kommandant Welsch-Gand über Rauchschuttoparate.

Gestern nachmittag besichtigten die Teilnehmer die Fabrik-Etablissements der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in der Ader- und Gärtenstraße, die durch eine Untergrundbahn, welche unter der Fußbodenstraße hindurchführt, mit einander verbunden sind. Abends um 7 Uhr vereinte ein Festessen die Teilnehmer des Kongresses im Restaurant der Internationalen Ausstellung für Feuerwehrr- und Rettungswesen.

Der westliche Teil des Potsdamer Ringbahnhofs ist jetzt vollständig erneuert und soll heute dem Betrieb übergeben werden. Der bis dahin benutzte östliche Ringel wird geschlossen, um später dem Anhalter Vorortverkehr eingeräumt zu werden.

Die Statistik der Berliner Universität für das Sommerhalbjahr weist einen Bestand von 5431 eingeschriebenen Studierenden auf, gegen 5105 im vorigen Sommer und 6321 im Winter. Zur theologischen Fakultät gehören 287, zur juristischen 1610, zur medizinischen 1066 und zur philosophischen 2468. Aus Preußen stammen im ganzen 3920 Studierende, davon 1801 aus der Provinz Brandenburg. Die andern deutschen Bundesstaaten haben 626 entsandt. Aus den außerdeutschen europäischen Ländern kamen 693, darunter 296 aus Rußland, 82 aus Großbritannien und Irland, 21 aus Frankreich, 18 aus Italien, 15 aus Rumänien, je 14 aus der Türkei, aus Bulgarien und Serbien, 13 aus Griechenland, je 2 aus Dänemark und Spanien, 1 aus Portugal. Aus fremden Erdteilen stammen 192: 2 aus Afrika, 128 aus Amerika, 61 aus Asien, 1 aus Australien. In den eingeschriebenen Studenten kommen noch 5092 Hörberechtigte. Frauen sind in diesem Sommer 303 zugelassen (2 mehr als im vorigen Sommer und 136 weniger als im Winter). Der Lehrkörper der Universität umfaßt zur Zeit 421 Personen. 21 in der theologischen, 33 in der juristischen, 188 in der medizinischen und 209 in der philosophischen Fakultät.

Das Opfer eines Rohheitsverbrechens ist der 62 Jahre alte Bauwächter Gottlieb Hoffmann aus der Gartenstraße geworden. Am dritten Pfingstfesttage wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, im Norden der Stadt ein schwerverletzter Mann hilflos auf der Straße aufgefunden. Er konnte nur noch angeben, daß er Hoffmann heiße und auf einem Bau in der Heimigsdorferstraße geschlagen worden sei. Dann verlor er die Besinnung und starb bald darauf in der Charité. Der Verstorbenen wurde erst später festgestellt als der 62jährige Bauwächter Gottlieb Hoffmann aus der Gartenstr. 64, der auf einem Neubau des Schneidermeister Kollé aus der Magstraße in der Heimigsdorferstraße gegenüber der Vergamnischen elektrischen Fabrik beschäftigt war. Auf diesem Bau

sie sich vorstellt, was in ihrer unnötig verlängerten Abwesenheit zu Hause für Unheil angerichtet werden mag. Nach Eintritt der Lehrerin war die ganze Probezeit der Einkulturng von gegen sechzig Kindern in zwanzig Minuten erledigt, und vielen von uns hatte sie dreiviertel Stunden gelöst.

Ehe ich als eine der letzten das Klassenzimmer verließ, war ich noch Zeugin einer Scene, die ich doch nicht unerwähnt lassen kann, weil sie so tiefen Eindruck auf meine Seele machte. Wieviel Mäde hatten wir uns gegeben, dem Kinde die Schularbeit zu nehmen, ihm die Schule lieb zu machen! Und jetzt war das Fräulein, dem das Wohl und Wehe der vielen jungen Menschenkinder anvertraut war, kaum ins Zimmer getreten, als es auch schon alles einzüß, was wir mühselig aufgebaut hatten.

Wir der Meie eines Nachgottes stellte sich die Dame vor die Formlos plaudernden Kinder hin, gebot in echter Feldweibelmanier sofortige Ruhe und zeigte einen Rohrtod, den sie aus dem Schulbüchlein holte, mit der Drohung, daß die erste, die sich noch würde hören lassen, damit eins übergezogen beläme.

Ich beobachtete, wie die Augen meiner Tochter und ihrer Leidensgenossinnen sich angstvoll vergrößerten und bei mehreren mit aufsteigenden Thränen füllten, und wie die kleinen rosigen Wänschen von einem dungen, schmerzlichen Juge umspielt wurden. Alle sahen eingeschüchtern und stockstill da wie die Puppen; aber um ihre glückliche Frische und Keckheit war's geschehen.

Wie, somige Kinderzeit, dachte ich, indem ich schweren Herzens die Klassenfür hinter mir schloß. Gewiß muß ja Schulzeit sein, wenn die Kinder etwas lernen sollen; hätte aber diese barische Strenge nicht ein wenig hinausgeschoben werden können, bis die kleinen Herzen erst etwas mit der Schule verwachsen waren, der sie doch nun auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert waren? Der Uebergang aus der glücklichen Ungebundenheit des Hauses in den unerwünschten Schulzwang war doch ein gar zu unermittelter. Ich konnte es meiner Kleinen nachfühlen, als sie mir beim Nachhausekommen anvertraute: „Das Fräulein ist böse, vor der fürchte ich mich und die andern Kinder auch.“

Fast noch stärker ermahnte mich, was das Kind im Auftrage des Fräuleins berichtete: „Bestellt nur Euren Eltern,“ hatte sie den Kindern in der Frühstücksstunde gesagt, „daß es in der Schule nicht erlaubt ist, Äpfel oder Schmalzbröt mitzubringen.“

Kun, das Käseverbot lasse ich gelten, denn daß es gerade keinen Wohlgeruch in der Klasse verbreitet, wenn so und so viele Kinder Käse zum Frühstück verzehren, muß man ja zugeben. Warum aber das Schmalz verpönt sein soll, sehe ich nicht ein. Wenn ich reich genug wäre, gäbe ich meiner Familie auch lieber Butter, sogar recht gute und möglichst fett gestrichen; für Leute, die es nicht dazu haben, ist aber das schmeckliche Schmalz auch nicht zu verachten, und ich glaube nicht, daß das Fräulein ein Recht hat, es zu verbieten. „Bringt nur einfach trockene Schrippen mit,“ sagte sie, „die machen keine Flecke und sind sehr gesund.“ Ohne Zweifel, aber mit etwas Schmalz rutschen sie besser. Und ob das Fräulein selber sich mit einer trockenen Schrippe begnügt, möchte ich dem doch bezweifeln.

arbeitete auch der 58 Jahre alte Vater des Bauherrn. Ein dritter Feiertag war Hoffmann mit dem alten Koll allein auf dem Bauplatz. Beim Kalklösen gerieten die beiden Männer in Streit und Thätlichkeiten. Koll schlug seinen Gegner erst mit einem Stock. Dann packte er ihn an der Gurgel und versetzte ihm noch mit einem Mauerstein einen Schlag auf den Hinterkopf. Nachdem er ihn so über zugerichtet hatte, ließ Koll über ein an das Baufeld angrenzendes Laubengeld davon und glaubte umgehen zu entkommen. Den Verletzten überließ er seinem Schicksal. Hoffmann konnte den Bau noch verlassen, brach aber später auf der Straße zusammen und erlag seinen Verletzungen, ohne daß er darüber weitere Aufklärung hatte geben können. Der Schläger hatte sich aber in seiner Annahme, daß er unbemerkt geblieben sei, getäuscht. Von einer Laube aus hatte die Frau des Polizeiwachmeisters Voroffe aus der Sudenarderstraße Nr. 34 den ganzen Vorgang beobachtet, ohne jedoch zu wissen, daß Hoffmann so schwer verletzt war. Als aber später das Schicksal des Geschlagenen bekannt wurde, erinnerte sie sich des Vorfalles und teilte ihre Wahrnehmungen ihrem Mann mit. Die weiteren Ermittlungen führten nun zur Feststellung der beteiligten Personen, und nun wurde Koll aus seiner Wohnung in der Magstraße heraus festgenommen. Die Leiche des Erschlagenen wurde von der Charité nach dem Schauhause übergeführt und dort gestern, Donnerstagnachmittag, gerichtsarztlich geöffnet. Koll wurde aus der Untersuchungsanstalt in die Leiche geführt.

Vor den Augen zweier Kinder erschloß sich gestern nachmittag ein unbekannter Mann in der Hasenheide. Am 6 Uhr spielten auf dem Wege zum Garnison-Richhof in der Hasenheide die 12 und 10 Jahre alten Töchter des Omnibusfahrers Schöne aus Berlin. Ein Mann von etwa 30 Jahren sah ihnen etwa fünf Minuten zu, drehte sich dann plötzlich um und schoß sich aus einem Revolver je eine Kugel in die rechte Schläfe und in den Mund. Die entsetzten Kinder rannten davon und teilten einem Säugmann, den sie in der Nähe der Garde-Kürassier-Kaserne trafen, den Unfall mit. Als der Beamte zu dem Mann kam, war er bereits tot. Der Gemeindevorstand von Tempelhof ließ die Leiche mit einem Wagen nach der Halle des Friedhofs bringen. Der Unbekannte hat einen rötlichen Schnurbart und trug einen guten dunklen Anzug und einen schwarzen Filzhut.

Das Reissen der Oberleitungsdrahte der Straßenbahn, das durch seine häufige Wiederholung in der letzten Zeit zur Einziehung der Draht-Anhängenwagen aus dem Straßenbahnverkehr führte, beschäftigt die Aufsichtsbehörde und die Polizei. Ueber jeden einzelnen Fall der Drahtzerreißung hat die Polizei Bericht eingefordert. Die von der Straßenbahnverwaltung geltend gemachte Annahme, daß die Drahte durch die plötzliche Ausdehnung der Drahte infolge der großen Luftwärme hervorgerufen seien, erscheint nach den Feststellungen der Behörde schon dadurch irrtümlich, daß die Drahtzerreißungen schon vor Eintritt der gegenwärtigen Hitze zahlreich vorkamen, während bei der hohen Temperatur im Vorjahre nicht ein einziger solcher Fall bekannt wurde. Allem Anscheine nach sind die Ursachen der Drahtbrüche, wenigstens zum großen Teil, auf Abnutzung zurückzuführen.

Der Einbrecher Donat, der nach einem Einbruch in der Weidenburgerstraße im Kampfe mit einem Schuttmann durch Seltbethe verletzt und als Polizeigefangener nach der Charité gebröht wurde, ist so weit wiederhergestellt, daß er vom Krankenhaus in das Untersuchungsgefängnis übergeführt werden konnte.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Behufs Rekognition der in einem hiesigen Hotel erschossen aufgefundenen Frau wird mitgeteilt, daß dieselbe ungefähr 30 Jahre alt und 1.00 Meter groß ist. Sie hat schwarzes Haar, braune Augen, große gerade Nase und rundes volles Gesicht. Am Ringfinger der rechten Hand trug sie einen goldenen Trauring. Die Bekleidung besteht aus schwarzem Tuchrock, schwarzseidener Bluse, schwarzweiß-rot gefingelten Strümpfen und braunen mit braunen Tüll und rollebenden Plamen garniertem Korsett, inwendig mit der Firma bezeichnet S. Rosenbaum, H. M. burg, Neuer Wall 51/52. Das Tatendatum ist gezeichnet T. F. Ferner wurde bei der Leiche eine Plagkarte zum Schmelzung Altona-Berlin, Lehrer Bahnhof, vom 8. 6. 01 abgestempelt gefunden. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

Ein Kindermörderin wurde gestern aus dem Untersuchungsgefängnis in Noabit nach Spandau transportiert, wo zur Klärung des Tatbestandes unter Führung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrats Rudopi auf freiem Felde ein Lokaltermin stattfand. Am 18. April wurde in einem entlegenen Spandauer Stadtviertel auf einem Acker eine Kindesleiche gefunden, die in Leinwand gehüllt war. Die Mutter war unbekannt. Mit Hilfe von Vieisen, die sie an Bekannte gerichtet hatte, wurde aber kürzlich ihre Spur entdeckt. Die Täterin, eine Fabrikarbeiterin Anna Jochert, hatte bisher in Berlin gewohnt. Anfang April mietete sie in Spandau eine Schlafstube, aus der sie eines Tags wieder verschwand. Wie sich herausstellte, hatte sie sich, um ihre Spur zu verdecken, zuerst wieder nach Berlin getraut und einige Wochen später einen Dienst in Neutrebbin angenommen. Dort ist ihr Aufenthalt nun ermittelt worden, so daß sie verhaftet werden konnte. Wie sie im Lokaltermin unter dem Tnd des vorhandenen Verwirrungsmaterials einräumte, hat sie das Kind auf freiem Felde zur Welt gebracht und alsbald erwürgt.

Der neue Stern zeigte auch im Monat Mai merkwürdige Lichtschwankungen. Direktor Archenhold wird Sonntagnachmittag 5 Uhr auf der Dreptow-Sternwarte über diese Lichtschwankungen in einem mit zahlreichen Licht- und Drehtbildern ausgestatteten Vortrag „Ein Ausflug in die Sternwelt“ sprechen. Am 7 Uhr wird in einem Vortrag „Die Kometen und die Sternschuppen“ das Aussehen und die Bahn des großen neuen Eidskometen besprochen. Mit dem großen Fernrohr werden am Tage die Sonne und abends Doppelsterne und Planeten den Besuchern gezeigt.

Feuerbericht. Donnerstag früh 3 Uhr kam Stallknechtstr. 6 ein größerer Dachstuhlbrand aus, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Zur selben Zeit folgte Alarm nach Anhalterstr. 15a, wo gestern ein großer Dachstuhlbrand abzulöschten war. Diesmal brante eine Giebelwand, doch konnte die Gefahr nach leicht beseitigt werden. Wände und Kleidungsstücke gingen Brenzlauer Allee 120, Blumenstraße 12 und Wilsdenstr. 22 in Flammen auf. Außerdem wurden Brechtlofenbrände aus Wöhlertstr. 7 und Alexandrinenstr. 54 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Nachdem das Verwaltungs-Streitverfahren über die Verteilung der Kreisrats-Mandate für den Kreis Nieder-Barnim durch Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts seine Erledigung gefunden hat und die Neubildung des Kreisrats von der Regierung angeordnet ist, erläßt der Gemeindevorsteher die amtliche Aufforderung zur Wahl der Kreisrats-Abgeordneten. Nach dem Verteilungsplan hat Lichtenberg sechs Kreisrats-Abgeordnete zu wählen. Die Wahlperiode dauert 6 Jahre. Die Wahl erfolgt durch die Gemeindevertretung. Wählbar zum Kreisrats-Abgeordneten ist jeder Einwohner der im Kreis belegenen Städte, der sich im Besitz des Bürgerrechts befindet, sowie jedes Gemeindeglied der als Städte geltenden Landgemeinden. Die Wahl selbst findet am Donnerstag, den 13. Juni nachmittags 5 Uhr im großen Sitzungssaal des hiesigen Rathauses in der Dorfstraße statt; zur Teilnahme werden alle Gemeindevertreter aufgefordert.

Unre Nachbargemeinde Friedrichsfelde, die bisher noch immer ihren ländlichen Charakter beibehalten hat, wird nun auch Fabrikort werden, denn es ist die Anlage eines großen Stahlwerks geplant. Außerdem droht dem Orte ein Verlust durch die angeblich beschlossene Verlegung der Rennbahn von Karlsruh. Der Rennklub hat das Rittergut Neuenhagen und angrenzende Gelände angekauft. Die Verlegung ist in Aussicht genommen, weil der Karlsruhener Boden dem Klub zwar nicht zu „heiß“, aber zu „weich“ ist.

Die Umgemeindung der Hasenheide spielte in der Gemeindevertretung von Tempelhof vorgestern eine Rolle. Bekanntlich gehört die südliche Seite dieser Straße zu Tempelhof, ein Zustand, woraus den Bewohnern mannigfache Ungelegenheiten erwachsen. Der Gemeindevorstand war nun eine Zuschrift des Berliner Magistrats vorgelegt worden, worin dieser um Abgabe der Forderungen ersucht, welche Tempelhof im Falle der Umgemeindung stellen würde. Der Gemeindevorsteher setzte auseinander, daß die Abtretung der Hasenheide einen Ausfall an Einkommensteuer im Betrage von 30 585 Mark jährlich zur Folge haben würde. Eine bestimmte Forderung habe der Gemeindevorstand noch nicht aufgestellt, denn es komme in Betracht, daß auch mit dem Magistrat von Nizdorf Verhandlungen schwebten; für diese Stadt sei die Eingemeindung von sehr großem Wert. Die Gemeindevorstellung einige sich schließlich dahin, daß von Nizdorf für die Abtretung der Hasenheide die Eingemeindung der „Kurgen Mark“ gefordert werden sollte, welche Nizdorfer Kostflächen i. J. vom Dominium Tempelhof in Erbpacht erhalten haben. Dies Terrain ist 800 Morgen groß und von einer Spiel- und Laubengeldgesellschaft erworben worden, die von der Eingemeindung offenbar große Vorteile hätte.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die feierliche Einführung der neu gewählten Stadträte Dr. Jaffé und Schiemann. Nach Erledigung einiger unbedeutender Vorlagen, die in der Hauptsache die Verfassung verschiedener Stadtpositionen betreffen, verhandelte die Versammlung nochmals über die Erschließung des Südens von Westend. Es handelte sich um eine geringfügige Abänderung des Vertrages mit der Deutschen Bank. Die Versammlung ersuchte den Magistrat, in neue Verhandlungen mit der Deutschen Bank einzutreten, wonach die Breite der Straßen, an welchen viergeschossige Wohnbauten gestattet werden wird und welche nach dem vereinbarten Fluchtlinienplan nur dreizehn Meter breit sind, auf 14 1/2 Meter und die Breite des Fahrdammes auf 7 1/2 Meter erhöht werden und die Deutsche Bank die aus der Differenz entstehenden Kosten tragen soll. Die Differenz beträgt nur 44 000 Mark für den Fall, daß die Deutsche Bank diese Mehrkosten nicht tragen will, wurde der Magistrat ermächtigt, die Kosten zu übernehmen. Endlich gelangte noch die Vorlage betr. Aufteilung des Flora-Geländes zur Annahme. Die Sommerferien wurden auf die Monate Juli und August festgesetzt.

In Tempelhof beschäftigte sich die Gemeindevorstellung in ihrer letzten Sitzung mit der Frage, ob der Vertrag mit der Englischen Gasgesellschaft auf abermals 10 Jahre, nämlich bis zum Jahre 1958, verlängert werden soll. Die Gemeindevorstellung stimmte unter der Bedingung für diesen Vorschlag, daß die Gesellschaft in den noch unbebauten Straßen auf je 100 Meter Entfernung eine Laterne errichte. Bisher brauchte die Gesellschaft nur dann Straßenlaternen aufzustellen, wenn die in Betracht kommende Straße zum dritten Teil bebaut war. Wie sehr die englische Gasgesellschaft ihre in Zukunft wohlfeillich immer drückender werdende Macht auszunutzen beabsichtigt, zeigt der Umstand, daß die Direktion bei der Abänderung des Vertrages an die Gemeinde die Zustimmung stellte, „der Gesellschaft in ihrem Interesse behilflich zu sein“. Das war der Gemeindevorstellung denn doch zu stark und sie lehnte eine solche Bestimmung im Vertrage ab.

Die Arbeiten zum Bau des Teltow-Kanals bei der Glücker-Lanke schreiten rüstig vorwärts. Die Verbindung der Lanke mit dem Griebnitzsee ist nahezu hergestellt, auch ist bereits eine provisorische über den Durchsich führende Brücke, welche die Verbindung zwischen Klein-Glückede und Nowawes-Neuenhagen vermittelt, errichtet. Durch die Ausschachtungsarbeiten wurde das benachbarte Wohnhaus des Zimmermeisters Blume in Klein-Glückede derartig gefährdet, daß es sich bedenklich senkte und dem Einstürzen nahe ist. Die Bewohner mußten in aller Eile das Haus verlassen und so wird voraussichtlich das Grundstück von der Kanalbau-Verwaltung angekauft werden. Auch bei Kollhofenbrück wird jetzt der Durchsich des Kanals vom Griebnitzsee nach dem Wälschischen hergestellt.

Soziale Rechtspflege.

Für alle lokalorganisierten Maurer des Berliner Streikgebietes ist ein Urteil von großer Bedeutung, das die Kammer III des Gewerbegerichts in ihrer letzten Sitzung gefällt hat. Der Maurer E. beanspruchte vom Maurermeister Krämer eine vierzehntägige Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung. Der Beklagte machte dagegen geltend, daß die Kündigung für alle Maurer Berlins und der Umgegend durch den vor zwei Jahren geschlossenen Einigungsvertrag generell ausgeschlossen sei. Demgegenüber betonte der Kläger, er sei lokalorganisiert und seine Organisation habe in diesem Jahre die Erneuerung des Vertrages abgelehnt. Das sei endgültig am 22. April geschehen, während er erst am 2. Mai beim Beklagten in Stellung getreten sei. Somit stehe ihm die gesetzliche Kündigungsfrist zu, da sie durch einen Specialvertrag mit Krämer auch nicht ausgeschlossen worden sei. — In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Kläger beim Engagement den Beklagten über seine Zugehörigkeit zur Lokalorganisation nicht unterrichtet hat.

Der Gerichtshof, dem Gewerbeichter Dr. Schalhorn vorsah, wies den Kläger in der Hauptsache ab. Begründend wurde ausgeführt: Die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist stehe E. nicht zu. Selbst wenn er zu einem Zeitpunkt beim Beklagten in Stellung getreten sei, wo der Vertrag mit der Lokalorganisation endgültig abgebrochen gewesen sei, so wäre er doch verpflichtet gewesen, dem Meister beim Engagement zu erklären, daß er als lokalorganisierte jetzt wieder auf die gesetzliche Kündigungsfrist Anspruch erhebe. Das erforderliche Treu und Glauben im Verkehr, denn in ganz Berlin und seiner Umgebung habe sich infolge jenes Vertragschlusses von vor zwei Jahren die Meinung eingebürgert, daß die Maurer, ganz gleich, ob centralorganisiert, lokalorganisiert oder gar nicht organisiert, keine Kündigung hätten. Deshalb hätten der Meister und sein Polier beim Engagement annehmen können, daß auch für den Kläger diese Bedingung weiter gelten sollte.

Der Vorsitzende wandte sich dann noch direkt an den Kläger und forderte ihn auf, dem Lokalverband die Entscheidung mitzuteilen, damit seine Mitglieder jetzt nicht mit Kündigungsansprüchen kämen, wenn sie ihren Meistern nicht besonders gesagt hätten, daß sie für sich wieder die vierzehntägige Kündigungsfrist verlangten.

Der Kläger erhielt für einen Tag den Lohn, weil die Entlassung im Laufe des Tages erfolgt, der Tag aber als Einheit zu nehmen sei.

Versammlungen.

Ueber die Thätigkeit der Sozialdemokratie im Roten Hause sprach der Stadtverordnete Genosse Augustin in einer auf den heutigen Versammlung des 6. Wahlkreises, die am Dienstag bei Gleiern, Schulstraße, tagte. Der Redner wies nach, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung in jeder Weise bemüht waren, die Interessen der Bevölkerung zu wahren, daß es ihnen auch gelungen ist, mancherlei Verbesserungen auf den verschiedensten Gebieten herbeizuführen, und daß sie andererseits fortgesetzt, und teilweise mit Erfolg, die die Arbeiterklasse schädigenden Maßnahmen energisch bekämpft haben. In seinen weiteren Ausführungen kritisierte der Redner das reaktionäre Gebahren der verschiedenen sogenannten liberalen Gruppen in der Stadtverwaltung und verwies darauf, daß die Arbeiterklasse alle Ursache habe, auch bei den Stadtverordnetenwahlen eine recht rege Thätigkeit zu entfalten, um wenigstens alle Mandate der dritten Wahlklasse für die Sozialdemokratie zu erobern. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der durch die Genossen Hingy und Tauschel die Ausführungen des Referenten ergänzt wurden. —

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dieke, Adler-
straße 123:
Versammlung der Vertrauensleute des Nordens
Sonntag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
der Gas-, Wasser- und Heizungsrohrlager und Helfer
im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: Die Entwicklung der
sozialen Bewegung in den 40er Jahren. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.

Sonntag, den 9. Juni, vormittags 9 Uhr, findet eine **Vorstellung**
in der Urania statt. Zur Aufführung gelangt: „**Unser Rhein**“.
Billets à 70 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Kassierern sowie im Verbands-
bureau zu haben. 115/13

Sonabend, den 22. Juni, im **Establissement „Sectorrasse“**,
Lichtenberg, Köckerstr. 6:
10jährige Stiftungsfeier.
Großes Sommernachtsfest. — Großes Doppel-Konzert.
Variétés-Vorstellung, großes Band- und Wasser-Feuerwerk, Kinder-
Fackelpolonaise.
In beiden Sälen: **Grosser Ball.** Herren zahlen 30 Pf. nach
Beginn nachmittags 5 Uhr. **Eintritt 20 Pf.**
Billets sind bei den Kassierern sowie im Verbandsbureau zu
haben. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Achtung!**
Sonntag, 9. Juni, vormitt. 9 1/2 Uhr, im **Feen-Palast**,
Burgstraße 22, Eingang Wolfgangstraße:
Große Versammlung
aller Mitglieder der
Neuen Maschinenbauer - Krankenkasse.
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft um über
1/2 Million Kassenvermögen und die Stellung der Behörden zu diesem
Kampf. Referent Reichstags-Abgeordneter **Stadthagen.**
2. Die Erhöhung des Krankengeldes und die dadurch notwendig
werdende Erhöhung der Beiträge. Referent **Dr. Rafael Friedberg.**
3. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Zutritt.
Die Kommission der Delegierten.
F. H. C. K a u m a n n, Landberger Allee 147.

Central-Verband der Elektromonteuere
und Berufsgenossen Deutschlands.
Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Herrn M. Pohl,
Hermannstr. 255:
Bezirks-Versammlung für Rixdorf.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Kollegen pünktlich zu erscheinen. 58/14
Der Einberufer.

Verband der Möbelpolierer.
Heute abends 8 1/2 Uhr, in Weiskensee, Rößlestr. 20
und Montag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Adlerstr. 123:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. W. über: Lokal- und Zentralorgani-
sation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Dampferblätter
zum 30. Juni nach Wessenswinkel, Dämertplatz. 146/14
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Achtung! Süd-Osten. Achtung!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß im Lokale von **Schneiber**,
Admiralstr. 21, eine neue Bohlsche errichtet ist. 105/7

Dankagung.
Allen denen, die meinem Bruder und
Bräutigam die letzte Ehre erwiesen,
besonders für die reichen Kranzspenden
unsern herzlichsten Dank. [17196]
Hermann Dahlo als Bruder.
Anna Arend als Braut.

Dankagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise
herzlicher Teilnahme und die reichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
unseres guten Vaters, Bruders und
Schwagers
Hermann Rösler
sprechen wir allen Verwandten und
Bekanntem, insbesondere den Kollegen
des Deutschen Hosen- und Hutmachen-
Fabrikantenvereins herzlichsten Dank aus.
Im Namen der Hinterbliebenen.
Karl Bode. [17206]

Arbeiter-Radfahrer-Verein
„Berlin“.
Sonntagvormittags 7 Uhr,
Solchische Brücke nach
Rüdersdorf.
Mittags 1 1/2 Uhr,
Frankfurter Thor nach
Tasdorf (bei Schöne).
Gäste willkommen. [12/6]

Honig!
Dübel, Bienenwax,
beste Qualität, ver-
färbt 9 Pf. netto zu
6,50 M., 5 Pf. netto
zu 4 M. je Radn. Gar. Juchan.
Nordloh.
E. Reil, Bahnhof Auguststraße,
Gidenburg. [17093]

Massage-Institut
von H. und Fr. Mania
befindet sich nach wie vor
Brunnenstr. 16, Portal 2, 1 Treppe,
und in der Filiale Turmstrasse 47.
Für sämtliche Orts- und Hilfs-
Krankenkassen. [13609]
● Mechanische Apparate. ●

Charlottenburg.
H. Schmerberg [12492]
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel, Brillen
werden käuflich geflochten

Socialdemokratischer Wahlverein
für **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**
Sonntag, den 9. Juni, nachm. 2 Uhr, im Lokal von Ph. Thomas,
Rixdorf, Hermannstr. 50:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hubel über: Die Tätigkeit des Reichstags
in der verflochtenen Session. 2. Bericht des provisorischen Vorstandes.
3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl der Revisoren. 5. Bericht und Danken
der Delegierten zur Preis-, Agitations- und Volkskommission. 6. Anträge
der Delegierten zur Preis-, Agitations- und Volkskommission. 7. Verschiedenes.
Der Vorstand. F. K. Otto Goerke.

**Kinderwagen, Sportwagen, Velocipeder und Regenboot-
wagen, Vollerbetten, Kinderflapp-
läufe, Triumphtische, Kranken-
wagen für Erwachsene und
Kinder, auch leichte Geflügel-
Bestellen in jeder Größe. Größte
Auswahl. Preise außerordentlich
billig und Teilzahlung.**
A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95, vis-à-vis Hum-
boldthain a. Bahnhof Gesundbrunnen.
Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis. 14289*

Schloss Weissensee.
Sonntag, den 9. Juni 1901:
Großes Sommerfest
des
Arbeiter-Raucherbundes für Berlin und Umgegend
unter gütiger Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine (Mitgl. d. A.-S.-B.) und einer starken Kapelle von
Berufsmusikern (Direktor V o p p e).
Grosses Brillant-Feuerwerk
ausgeführt vom Pyrotechniker **Albert.** 287/9
Der Vorstand.
Ergötzt ladet Freunde und Genossen ein

Schloss Weissensee.
Sonntag, den 4. August 1901:
10. Sängerefest des Arbeiter-Sängerbundes
Berlins und Umgegend.
Achtung, Sänger! Am Sonntag, den 23. Juni, findet eine Uebungsstunde statt, in welcher die beiden
Veder: „**Zommerjonnentwende**“ und „**Empor zum Licht**“ geübt werden; die Sänger müssen diese beiden
Lieder, welche auch zum Sängerefest gesungen werden, in ihren Vereinen durchüben, damit wir in der betreffenden
Uebungsstunde (schoner zum Ziele kommen).
NB. Die Vereine, welche nach Ludenwalde fahren, wollen die Weider für die Billets an A. Dü b e r
Wilmersstraße 134, einfinden. 16/6

Internationale Ausstellung
für
Feuerschutz- und Feuerrettungswesen
BERLIN 1901
verbunden mit einer Ausstellung von Erzeugnissen der Gartenbaukunst
Kurfürstendamm No. 150-156.
6 grosse Dioramen
mit neuen, eigenartigen Lichtwirkungen: berühmte Brände aus alter und neuer Zeit.
Heute **Doppelkonzert** des königl. Eisenbahn-Regiments No. 1 unter Leitung des königl. Musik-
dirigenten Herrn **Lebede** und der Kapelle des Herrn Kapellmeisters **Vogel**.
Auf dem Versuchs- und Uebungsfelde: 5-7 Uhr praktische Vorführung von Lösch- und
Rettingsgeräten der Firmen **C. D. Magirus (Ulm)** und **J. G. Lieb (Bibersach)**, sowie der
Ludwigsbergs Werkstad Aktiebolaget (Stockholm);
praktische Vorführung der **Fabrik explosionsicher Gefässe, G. m. b. H. (Salzkotten)**;
8 Uhr grosses Lösch- und Rettungsmanöver der Berliner Feuerwehr.
Elektrische Strassenbahnen:
Linkstrasse-Ausstellung—Grünwald, **Kinder unter 10 Jahren**
Spittelmarkt—Ausstellung—Halensee, **25 Pfg.**
Die Strassenbahnschaffner verkaufen Ausstellungseintrittskarten (für 50 Pfg.),
die zugleich zur Fahrt nach dem Ausstellungsplatze berechtigen.
Nächste Bahnhöfe der Stadt- und Ringbahn: Charlottenburg, Halensee. 1752L

Kinderwagen-Bazar „Baby“.
1. Invalidenstr. 160. 5. Brunnenstr. 92.
2. Oranienstr. 31. 6. Reinickendorfer-
3. Belle-Alliance- strasse 24-a.
4. Gr. Frankfurter- strasse 55.
9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. 8, 15-100 Mk.
Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. [1661L]
Bei grösseren Bälzen Cassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins

Sonabend, den 8. Juni:
Große Dampfer-Wandereinfahrt
mit Musik und elektrischer Beleuch-
tung verbunden mit „**Italienischer**
Nacht“ nach **Schmückwitz**,
Schulandts Gesellschaftshaus.
Abfahrt: 9 1/2 Uhr abends von der Stralauer Brücke 5, an der Waisenbrücke.
Rückfahrt: 4 Uhr morgens. [17514]
Preis für Hin- und Rückfahrt 50 Pf. pro Person.
Billetsverkauf bei **Karl Krause**, Wienerstraße 37, sowie an
Bord des Dampfers.

Jedes Wort 5 Pfennig. Kleiner Anzeigen.

Verkäufe.
Restoration, gutgehend, fran-
kreichs halber zu verkaufen, 1000 Mark
erforderlich. Näheres bei Friedrich
Wandergeschäft, Langestraße 41. [1691b]
Restoration, Restauration, große
Zahlstelle verkauft billig wegen Grund-
stücksübernahme. 1400 Vorkauf 20.
Gabelstapler mit schönem Ver-
garnen verkauft Lehmann, Schul-
straße 12. [695K*]
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, partierre. 745*
Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Sommerpaletots aus feinsten
Stoffen 26-40 Mark. Verkauf Son-
abend und Sonntag. Verbandshaus
Germania, Unter den Eichen 21 II.
Gastanden können bessere Herren-
garderobe nach Maß vom Special-
geschäft sehr preiswert erwerben.
Scheren unter „Saisonabschluss“ Vorkauf
110 erbeten. 17065*
Teppiche, Gardinen, Remontier-
arbeiten (vorzüglich Teppiche, Reander-
straße 6. 68/4*
Betten, Strohbetten, Regulatoren
vorzüglich Verkauf, Reanderstraße 6.
Mauererhilf vorzüglich, Gutgefällig,
Vordamerstraße 61. (Quadranten-
beachten.) 7048*
Geliebtheitskämpfe! Schilffloß
13., -Küchenstraße 5., -Röhrenpfeifen
12., -Rückelstraße 28., -Boll-
fähnige Einrichtungen (vorzüglich)
Möbel werden in eigener Werkstatt
angefertigt. Dirshofweg, Karlshagen-
straße 7a. 7168*

**Kinderwagen, Sportwagen, Vollerbetten, Kinderflapp-
läufe, Triumphtische, Kranken-
wagen für Erwachsene und
Kinder, auch leichte Geflügel-
Bestellen in jeder Größe. Größte
Auswahl. Preise außerordentlich
billig und Teilzahlung.**
A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95, vis-à-vis Hum-
boldthain a. Bahnhof Gesundbrunnen.
Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis. 14289*

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00.
Lieferung sofort, Landberger Allee 82.
Papagei-Rudwahl, grau, grün,
Ingersheim, sprechend, 25 Mark,
Oranienstraße 87. 16882*
Halbrenner (erschlagig) sofort jeden
Preis **Lofer, Bernauerstraße 21, I.**
Verfügbare für Knaben-Anzüge
7-12, oder Herren-Jackets zu kaufen
geht. Offerten unter 8 6 an die
Expedition dieses Blattes. [17206]

Vermischte Anzeigen.
Konzert-Kapelle empfiehlt Ulrich
Friedrichstraße 39. 1702b
Elektroschiff. Dampfer, alte
Jahresstraße 24. Nur Abendfahrt;
geeignete Verbrauch. Gründliche
theoretische und praktische Ausbildung;
monatlich 6 Mark, Beginn 7. Juni.
Näheres durch Prospekt. [7078*]
Französisch (billig) Breitenstraße 5.
Englisch (billig) Breitenstraße 5.
Damen und Herren Klavier,
Stalin-Unterricht, Methode Ostor
Vermode (neue Aufgaben), Verzicht
längster Verzicht, Erfolg in 12 Stun-
den, bisher unerreichbar günstige pädä-
gogische Veranlassung der Reizeit.
Resultat mit andern Methoden nicht
in einem Jahr zu erreichen. Monats-
vorkauf 10,00, Konversationskurs
monatlich 118, sonst nirgends. [17048*]
Zerstückelte Arbeit jeder Art,
Kleber- und Gerüstarbeiten, Steiner-
Restorationen, Dreier, fertigt erfolg-
reich und billigst Franz Wilschagen,
Gärtnerstraße 33, Duergebäude III.

Patentanwalt Danmann, Dra-
senstraße 57, Rixdorslag. Erkunden
kostenfreier Rat abends bis neun
Hausfliegen, Insektensachen,
Restorationen fertigt Schulze, Berg-
mannstraße 107. 1089b*
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Ras-
trellung Andreadstraße Dreund-
schlag [1082b]
Kunstschneiderei von Frau Kolodts
Steinwegstraße 48.
Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterfäden, 15 Mark.
Wagner, Schneidemeister, Frank-
furterstraße 69 III. Namen beachten.
Anfertigung eleganter Herren-
garderobe. Teilzahlung gestattet.
Narcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark
an. Normals Färberei, Andreas-
straße 78 partierre, Eisenbahnstraße 18
Fachbinder-Arbeit (über 18
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Billow-
straße 66, 2. Hof partierre. 2387b
Vernaus Pfeife und Garten,
Schneiderstraße 23. Sonnabende an
Bereine zu vergeben. 749*
Bereinszimmer mit Piano
Rammstraße 86. Freitag. [7172*]
Bereinszimmer, neu renoviert,
Grünstraße 21, Weidnachts. 7142*
Große Vereinszimmer außer
Donnerstag jeden Tag frei. Oranien-
straße 183 partierre. 7102*

Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark
an. Normals Färberei, Andreas-
straße 78 partierre, Eisenbahnstraße 18
Fachbinder-Arbeit (über 18
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Billow-
straße 66, 2. Hof partierre. 2387b
Vernaus Pfeife und Garten,
Schneiderstraße 23. Sonnabende an
Bereine zu vergeben. 749*
Bereinszimmer mit Piano
Rammstraße 86. Freitag. [7172*]
Bereinszimmer, neu renoviert,
Grünstraße 21, Weidnachts. 7142*
Große Vereinszimmer außer
Donnerstag jeden Tag frei. Oranien-
straße 183 partierre. 7102*